Nr. 43. Halle (Saale), Dienstag, den 20. Februar 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. oder vierteljährlich Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.
+
„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.
+
Schriftleitung: Harz 49/44. Fernsprech. 1045 Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Millimeterzeile ob. deren Raum 20 Pf., für auswärtige Anzeigen 25 Pf., Anzeigen unter Text (99 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.
+
Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).
+
Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 9,7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutscher Heeresbericht.

(Großes Hauptquartier, 20. Februar 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg scheiterte vormittags ein nach Feuervorbereitung einsetzender Vorstoß der Engländer westlich von Messines. Ein Offizier und sechs Mann blieben in unserer Hand.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. An der Artois-Front wurden einige englische Erkundungsvorstöße abgewiesen. Auf dem Vorhofer der Ancre überrumpelte eine Streifabteilung einen englischen Posten und brachte sieben Gefangene zurück. Nach kurzer Feuerwirkung nahmen unsere Stoßtrupps einen Stützpunkt südlich von Le Transloy im Sturm und führten die Besatzung von 30 Mann gefangen ab.

Heeresgruppe Kronprinz. In der Champagne und in den Vogesen verliefen kleine Unternehmungen für die Franzosen ergebnislos; an der Nordostfront von Verdun gelang uns ein Handstreich gegen eine feindliche Postierung, die bei hellem Tage aufgehoben wurde.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern. In einzelnen Abschnitten war die russische Artillerie tätiger als in den Vortagen, besonders südlich des Dryswiath-Sees und auf dem Ostufer der Narajowka.

Front des Generalobersten Erzherzog Joseph. In den Karpathen bei Schneetreiben für uns erfolgreiche Streifen. Ein russisches Blockhaus südlich des Smotrisc wurde nach Gefangennahme der Verteidiger gesprengt. Nördlich des Slanic-Tales schoben wir unsere Kampfstellung nach Vertreibung feindlicher Posten und Abwehr von Gegenangriffen auf einen Höhenkamm vor.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen. Bei Radulesti am Sereth drangen Sturmtruppen in die russische Stellung und kehrten nach Zerstörung von Unterständen mit 11 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren zurück.

Mazedonische Front. Zwischen Wardar und Doiran-See lag bis zum Abend heftiges Feuer auf unseren Stellungen; ein Angriff ist nicht erfolgt.

•

Das Kalenderjahr 1917 als volles Kriegsjahr angerechnet. Berlin, 19. Februar. Der Reichsanzeiger veröffentlicht einen kaiserlichen Erlaß, wonach das Kalenderjahr 1917 den Kriegsteilnehmern gleichfalls als Kriegsjahr anzurechnen ist.

Luftschiffangriff auf russischen Hafen. Berlin, 19. Febr. Am 18. Februar abends griff eines unserer Marineluftschiffe Hafen und militärische Anlagen von Arensburg auf Oesel mit Spreng- und Brandbomben an. Guter Erfolg wurde beobachtet. Das feindliche Abwehrfeuer blieb wirkungslos. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die englische Kriegsanleihe werde, nach Mitteilungen Bonar Laws im Unterhause, jedenfalls den Betrag von 700 Millionen Sterling (14 Milliarden Mark) erreichen.

Die Zustände in Griechenland werden, der Times zufolge, von neuem bedrohlich, was besonders durch die von den Alliierten geforderte Ablieferung der Gewehre, die sich im Besitz der Bevölkerung befinden, verursacht wird. Auch die Reservisten wollen ihre Waffen für den Fall einer Selbstverteidigung zurückbehalten. Die Möglichkeit einer Empörung erwecke indessen wegen der Ueberlegenheit der Alliierten keine Furcht.

Geheime schwedische Reichstagssitzung. Stockholm, 19. Febr. Der Reichstag hielt heute eine fünfstündige geheime Sitzung ab, in der von der Regierung wichtige Mitteilungen gemacht wurden.

Die Kohlennot in Paris. Das Pariser Journal des Débats meldet: Gestern durchzog ein Haufen von 100 bis 150 Personen, vom Mont-Martre kommend, die Boulevards, „Kohlen, Kohlen!" schreiend. Die Menge wurde auf den Boulevards zerstreut. An der Rue-Chemin-Vert stürmte eine Menge von 800 bis 400 Personen einen Kohlenplatz und raubte 7000 bis 8000 Kilogramm Brennstoffe.

Der Ruf zum Acker. Nach Meldungen aus London werden in England brachliegende Gelände in den Städten und verlassene Landwirtschaften von der Bevölkerung bebaut. Die Bevölkerung leistet der Aufforderung dazu willig Folge.

Ein „Ministerium des Krieges" in Australien. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus Melbourne ist die australische Regierung zurückgetreten. Hughes hat ein Koalitionskabinett gebildet, das, wie er erklärt, den Wunsch des Volkes, den Krieg mit äußerster Hartnäckigkeit zu Ende zu führen, erfüllen werde.

Die Revolution auf Kuba. Nach Meldungen soll die Revolte auf der Insel Kuba militärischer Natur sein. Die Unruhen begannen in den Zentralprovinzen. Die Rebellen bemächtigten Santiagos und Cumguatjs und marschierten auf Santa Cara. Die kubanische Regierung, die über einen beträchtlichen Teil der Armee verfügt, appelliert an die Freiwilligen. Man glaubt, daß sie die Revolte bemeistern wird.

•

Das russische Gewaltregiment.

Kopenhagen, 19. Febr. Nach weiteren Petersburger Meldungen hatte die Verhaftung der elf Duma-mitglieder der Arbeiterpartei ein aufsehenerregendes Nachspiel. Der Vorsitzende des Hauptkomitees der Kriegsindustrie, Gutschkow, hielt in dieser Angelegenheit mit einer großen Anzahl hervorragender Reichsrats- und Dumamitglieder, darunter Miljukow, Konowalow, Schidlowski, Tscheidse, Karenski und Gurko, eine Beratung ab und gab eine ausführliche Darlegung des Falles. Hierauf wurde ein Beschlußantrag angenommen, der erklärt, die Arbeitervertreter hätten sich keine strafbare Tat zuschulden kommen lassen. Ihre Verhaftung sei ein unkluger Schritt, der sehr ernste Folgen haben werde. Der Beschlußantrag wird dem Zaren zugestellt werden.

Die russische Duma darf wieder tagen. Birschewija Wjedomosti sagt, daß die russische Regierung den Wiederzusammentritt der Reichsduma nun endgültig auf den 27. Februar festgesetzt. Sämtliche Minister, darunter auch der Minister des Innern Protopopow, würden in der Eröffnungssitzung anwesend sein, sie jedoch bei den geringsten „regierungsfeindlichen Kundgebungen" verlassen. Die Regierung werde keine Programmerklärung abgeben, sondern nur auf das Reskript des Zaren hinweisen. Die Frage der Neuwahlen zur Duma werde von der Haltung der Duma gegenüber der Regierung abhängig gemacht.

•

Nachrichten aus Amerika.

Ein Teil der Presse meldet, daß Wilson einem unentschiedenen Kongresse gegenüberstehe. Auch sei die öffentliche Meinung sehr geteilt, ob der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei. Der Senator Stone verlangt Maßnahmen gegen die Zeitungen, die durch irreführende Nachrichten den Konflikt mit Deutschland verschärfen.

In weiteren Meldungen aus Washington wird bestätigt, daß sich die Richtlinien der amerikanischen Regierungspolitik nicht verändert haben. Unterdessen wachsen die inneren Schwierigkeiten des Landes besonders auf dem Gebiete des Handels und der Industrie täglich in beängstigendem Maße. Vor allem macht sich der enorme Mangel an rollendem Material geltend, wodurch die Beseitigung der Güteranhäufung in den Häfen und Bahnhöfen zur Unmöglichkeit wird. Auch die Weststaaten haben die Rückwirkungen der stillliegenden Schiffahrt zu verspüren. Alle großen Stationen im Mississippitale liegen voll Güter, die nicht zur Versendung gelangen können. Die Eisenbahnen weigern sich, die Güter abrufen zu lassen, wenn nicht ihre Verschiffung sicher ist. Die verschiedenen Industriezweige, die mit Aufträgen überhäuft sind, können die Nachfrage infolge mangelhafter Verkehrsverhältnisse und des Ausbleibens der Rohstoffe nicht mehr bewältigen. Nach Auffassung der industriellen Kreise ist eine Verlängerung dieser Situation unmöglich, so daß die Schiffahrt aufgenommen werden muß. Man erwartet daher, daß die Frage der Bewaffnung der Kauffahrteischiffe im Ministerrat von neuem verhandelt werde, und daß der Präsident noch vor Ende dieser Woche den Kongreß um die Ermächtigung ersuchen wird, Leben und Eigentum der Amerikaner im Unterseebootkriege zu beschützen. Nach einem Times-Berichte herrscht bei den Senatoren der Eindruck vor, als hoffe Wilson immer noch, irgendwie den Krieg zu vermeiden. Wilson wünscht offenbar eine außerordentliche Sitzung im Kongreß zu vermeiden; nur im Falle der Kriegserklärung dürfte der Kongreß einberufen werden. Sobald Wilson die Unterstützung des Kongresses erreicht hat, wird wahrscheinlich mit der Bewaffnung der Handelsschiffe begonnen werden. Sollten die deutschen U-Boote eines dieser bewaffneten Schiffe oder gar ein unbewaffnetes amerikanisches Fahrzeug versenken, so würde Wilson die Defensivmaßregel ausbehnen und vermutlich durch einen Befehl an die amerikanische Flotte den Schutz des amerikanischen bzw. des ganzen neutralen Handels übernehmen.

Eine amerikanische Anfrage an Oesterreich.

Wien, 19. Februar. (Korr.-Bureau.) Der hiesige Botschafter der Vereinigten Staaten überreichte heute im Ministerium des Aeußern eine Denkschrift, in der die amerikanische Regierung endgültig und klar darüber unterrichtet zu werden wünscht, welchem Standpunkt die österreichisch-ungarische Regierung hinsichtlich der Führung des Unterseebootkriegs einnimmt, ob sie vor allem von ihren früheren Zusicherungen im Ancona- und Persia-Fall durch die Note vom 31. Januar abgehe.

Der **norwegisch-amerikanische Schiffsverkehr** ruht bis auf weiteres vollständig. Die in den letzten Tagen zwischen norwegischen Reedern und Seeleute-Verbänden geführten Löhnungs- und Bemannungs-Verhandlungen sind vorläufig gescheitert. Aller Passagierverkehr mit Amerika ist bis auf weiteres eingestellt.

•

U-Boot-Tätigkeit im Mittelmeere.

Berlin, 19. Febr. Im Sperrgebiet des Mittelmeeres wurde in den letzten Tagen durch Unterseeboote eine größere Anzahl wertvoller feindlicher Schiffe versenkt, darunter ein vollbesetzter großer italienischer Truppentransportdampfer, zwei bewaffnete Dampfer von 3000 und 4500 Tonnen mit wichtiger Ladung für Salonik, der italienische Dampfer Oceania von 4217 Tonnen, der französische Dampfer Mont Ventaux (3233 To.), der französische Segler Aphrodite (600 To.) mit 735 Tonnen Eisen für Italien.

Nach Mitteilungen aus Berlin stand das Unterseeboot, welches innerhalb 24 Stunden 52 000 Tonnen versenkte, unter Führung des Kapitänleutnants Petz.

•

Die Kriegsschulden.

Die seit Kriegsbeginn von den kriegführenden Ländern gemachten Schulden betragen laut neueren Berechnungen: England 78 681 Millionen, Deutschland 64 000 Millionen, Rußland 59 015 Millionen, Oesterreich-Ungarn 29 525 Millionen, Italien 16 000 Millionen Mark.

Kriegsschulden Oesterreichs. Nach Veröffentlichungen in der österreichischen Tagespresse sind im ersten Halbjahr 1916 die Kriegsschulden Oesterreichs von 14,14 auf 24,55 Milliarden Kronen gestiegen. Die gesamte Schuld betrug am Schlusse des Jahres 1916 36 Milliarden 30 Millionen Kronen gegen 25,08 Milliarden Ende 1915. Die bloße Verzinsung erfordert 478 Millionen Kronen im Jahre oder 4 Millionen Kronen täglich, was bei einer Bevölkerung von rund 28 Millionen einen Zinsendeckungsbetrag von 14 Hellern pro Tag auf den Kopf ausmacht.

Agraria.

1. Schorlemers Sieg über Batocki.

Das preußische Landwirtschaftsministerium bleibt ausschlaggebend.

Angeblich werden die Ernährungsfragen des deutschen Volkes geregelt durch das Kriegsernährungsamt, dessen Leiter Batocki mit den unbeschränktesten Machtvollkommenheiten ausgerüstet ist. So glaubt man im Volke und so ist es auch — theoretisch. In der Praxis liegen die Dinge freilich anders. Batocki hat nur das Recht, Verordnungen zu erlassen, aber die Verordnungen auszuführen, das ist das Recht der Bundesstaaten, vor allem also Preußens. Was eine solche Machtverteilung bedeutet, kann man sich klar machen im Bundesrat und Reichstag. Der Reichstag hat das Recht, Gesetze zu machen (das heißt in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat), aber der Bundesrat führt die Gesetze aus. Der Reichstag macht die Theorie, der Bundesrat die Praxis. Die Theorie kann noch so schön lauten, in der Ausführung durch die preußische Polizei sieht die Praxis dann ganz anders aus. Kurz und gut: der mächtigere Faktor ist niemals die verordnende, sondern die ausführende Gewalt.

Das zeigt sich beim Kriegsernährungsamte sehr deutlich. Es hat gute Ansätze nehmen wollen — so wurde uns gesagt —, aber da Preußen die Ausführungsgewalt in Händen hat, gelang nichts. In Preußen aber besorgt die agrarischen Interessen das mächtige Landwirtschafts-Ministerium. Herr Schorlemer ist sein Leiter. Nun wurde bekanntlich ein besonderes preußisches Staatskommissariat geschaffen, um die Verordnungen des Kriegsernährungsamtes direkt auszuführen. Der Landwirtschaftsminister Schorlemer nahm das zum Anlaß, die Verhältnisse seines weiteren Einflusses genau zu klären und warf die Frage des „Verbleibens im Amt" auf. W. T. B. tat kund, daß „die Allerhöchste Entscheidung im bejahenden Sinne" gelautet habe. Aber Schorlemer bleibt, sein Einfluß ebenfalls. So hat denn der neue preußische Staatskommissar für Ernährung (Unterstaatssekretär Michaelis soll es sein) keine Bedeutung. Die Entscheidung verbleibt im Landwirtschaftsministerium. Preußen war wieder stärker als das Reich.

•

Was bei diesen Auseinandersetzungen auf dem Spiele stand, das wird durch Informationen des W. T. angedeutet. Das Blatt berichtet:

„Es handelt sich tatsächlich nicht etwa nur um die formelle Regelung der Stellung des neuen Staatskommissars, sondern um tiefer gehende und nicht erst aus allerjüngster Zeit datierende Differenzen zwischen dem preußischen Landwirtschaftsminister und dem Kriegsernährungsamt. Dem Leiter dieses Amtes ist offenbar von Monat zu Monat mehr zum Bewußtsein gekommen, daß er die ihm gestellte Aufgabe unmöglich erfüllen könne, solange ihm nur ein Verordnungsrecht zusteht, die erforderliche Exekutivgewalt aber mangelt. Die Wünsche, die vom Kriegsernährungsamt in dieser Richtung geäußert worden sind, sind offenbar auf den lebhaften Widerspruch des preußischen Landwirtschaftsministers gestoßen. Allem Anschein nach ist aber in diesem Konflikt der Anschauungen nicht Herr v. Batocki, sondern Herr Schorlemer Sieger geblieben. Zwar ist durch die beschlossene Einsetzung eines preußischen Staatskommissars für Volksernährung eine Stelle geschaffen, der größere Befugnisse auch nach der Richtung der Exekutive hin zuteilen sollen, und da der neue Staatskommissar ja auch (in irgendeiner, einstweilen freilich noch sehr unbestimmten Form) mit dem Kriegsernährungsamt „in Verbindung gebracht" werden soll, schien auf den ersten Blick alles in schönster Ordnung. — Nun hat inzwischen aber der preußische Minister des Innern in seiner Staatshaushaltsrede im Abgeordnetenhaus „zur Beruhigung des Herrn v. d. Osten" ausdrücklich erklärt: „Die preußischen Ressortminister sind dadurch keineswegs ausgeschaltet, sondern einmal sind sie durch Kommissare bei diesem Kommissar selbst wieder vertreten, und dann können sie in jedem Augenblick auch Einsprüche erheben wegen einer Anordnung, die von diesem Kommissar erlassen wird, mit der sie nicht einverstanden sind . . ."

Das Tageblatt kommt zu folgendem Ergebnis: „Jedem Ressortminister, also in erster Linie Herrn v. Schorlemer, steht demnach gegenüber dem preußischen Staatskommissar für Ernährungsfragen ein Veto recht zu, und so sind, sieht man die Dinge nüchtern an, auch dem neuen Staatskommissar bereits die Hände gebunden, ehe er auch nur ernannt ist. Genau so, wie es vorher mit dem Kriegsernährungsamt und Herrn v. Batocki geschehen war!"

2. Der Kampf um höhere Preise.

Die Ernährungsfrage des Volkes ist nun in mehrfacher Hinsicht zur Hauptfrage geworden. Wie sich in den nächsten Monaten die Dinge gestalten werden, darüber kann nichts gesagt werden. Aber jetzt schon muß der Wirtschaftsplan für das neue Bestellungs- und Erntejahr aufgestellt werden, wobei das Ringen der Interessenten um neue und höhere Preisfestsetzungen im vollen Gange ist. Man weiß, daß die Preisfrage vielfach als ausschlaggebend für die Nahrungsmittelproduktion aufgefaßt wird.

Am Freitagabend vergangener Woche sind elf Lehrer von landwirtschaftlichen Hochschulen mit einem Gutachten über die Gestaltung des diesjährigen Wirtschaftsplanes hervorgetreten, und am Tage darauf hat der deutsche Landwirtschaftsrat sich zur selben Angelegenheit geäußert.

Beide Gutachten stimmen darin überein, daß sie den Produktionszwang für die Landwirtschaft verwerfen. Nun ist dieser Produktionszwang wie so vieles zu einem Schlagwort geworden, unter dem sich das verschiedenste

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0001

verstehen läßt. Ein Produktionszwang, der ohne Rücksicht auf gegebene Möglichkeiten und örtliche Verschiedenheiten seine Anordnungen nach Schema F erteilt, ist natürlich ein Unding. Man kann den Kartoffeln nicht befehlen, daß sie auf einem **bestimmten Ackergrundstück** in bestimmten Mengen wachsen sollen, und Schweine kriegt man nicht mit Verordnungen fett, sondern nur mit Futter. Wenn die Professoren und der Landwirtschaftsrat einen „solchen" Produktionszwang für unmöglich erklären, so rennen sie offene Türen ein. Etwas ganz anderes aber wäre ein Produktionszwang, der in Form einer planmäßigen sachlichen Anleitung von sachverständigen Behörden ausgeübt würde, und der sich erst dort zu wirklichem Zwange verdichtete, wo sich ihm passiver Widerstand und krasser Eigennutz entgegenstellte. Wenn ein solcher Produktionszwang heute nicht durchgeführt wird, so liegt das nicht an den besonderen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion, sondern an der Unzulänglichkeit der Verwaltung und an ihrer Unfähigkeit, widerstrebende Sonderinteressen in den Rahmen des Allgemeininteresses einzuordnen. Daran, und nicht an den besonderen Bedingungen der landwirtschaftlichen Produktion, liegt es, wenn die sozialistische Idee eines allgemeinen Wirtschaftsplanes für das ganze Reich scheitert.

Das Gutachten der Professoren verwirft aber, ebenso wie den Produktionszwang, auch die Politik von Anreizen durch immer höhere Preise. Es sieht den rettenden Ausweg in einer Neugestaltung der Preisverhältnisse in der Weise, daß zwar die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel und Milch erhöht, die für Vieh und Fleisch aber gesenkt werden. Der Landwirtschaftsrat hingegen fordert eine allgemeine Preiserhöhung, und so einverstanden er mit den Vorschlägen der Professoren ist, soweit sie den Landwirten höhere Preise in Aussicht stellen, so sehr wehrt er sich gegen sie, wo sie einer Minderung der Preise das Wort reden: „An den bisherigen Höchstpreisen für Schlachtvieh", sagt das Gutachten des Landwirtschaftsrates, „ist festzuhalten, um die Mästung der für die Ernährung der Bevölkerung unbedingt erforderlichen Tiere sicherzustellen." In diesem Punkte ergibt sich also ein scharfer Gegensatz zwischen den Auffassungen der Wissenschaft und den Forderungen der landwirtschaftlichen Interessenvertretung.

Einen breiten Raum nimmt in dem Gutachten des Landwirtschaftsrates die Frage der Anbau- und Lieferungsverträge ein. Hier verdient ein Leitsatz besondere Aufmerksamkeit, der folgendes besagt:

„Bei nachträglicher Feststellung von Höchstpreisen unter den Vertragspreisen bleiben diese bestehen. Uebersteigen die Höchstpreise die Vertragspreise, so gelten die Höchstpreise."

Also, wenn eine Gemeinde sich durch Vertrag die Lieferung zum Beispiel von Kartoffeln zu einem bestimmten Preise gesichert hat, und wenn dann dieser Preis als zu hoch erkannt und reichsrechtlich herabgesetzt wird, soll die Gemeinde trotzdem den als zu hoch erkannten Preis zahlen müssen. Umgekehrt: Wenn der vertragsweise ausbedungene Preis für zu niedrig erklärt und reichsgesetzlich erhöht wird, dann soll die Gemeinde den Vorteil des günstigen Abschlusses nicht genießen, sondern sie soll verpflichtet sein, die Differenz zwischen Vertragspreis und Höchstpreis an ihren Kontrahenten herauszuzahlen.

Ob sich viele Gemeinden für Lieferungsverträge unter solchen Voraussetzungen erwärmen könnten, ist überaus fraglich. **Man erinnert sich, welche Aufregung es in kommunalen Kreisen hervorrief, als Herr v. Batocki die Gemeinden auf den Weg der Lieferungsverträge verwies. Man sah darin eine Preisgabe des Grundsatzes der zentralen Bewirtschaftung und einen Sieg rein agrarischer Interessen. Diese Auffassung wurde in einem späteren Schreiben Batockis an den Berliner Oberbürgermeister mit so guten Gründen** als irrtümlich dargestellt, **daß man tatsächlich geneigt war, an ein Mißverständnis zu glauben. Aber was jetzt der Landwirtschaftsrat** durch die Lieferungsverträge erreichen will, ist wirklich gar nichts anderes als eine Aufhebung des Prinzips der zentralen Bewirtschaftung und Preisfestsetzung, es ist ein Versuch, die Höchstpreispolitik durch eine einseitig von der Landwirtschaft diktierte Allerhöchstpreispolitik zu ersetzen.

Die Entschlüsse des Kriegsernährungsamtes und des Bundesrates stehen noch aus. Aber auch wenn sie die Vorschläge des Landwirtschaftsrates gänzlich außer acht lassen und sich in der Richtung des Professorengutachtens bewegen sollten, so würden sie doch für die Zeit nach der nächsten Ernte eine weitere Verteuerung der allgemeinen Lebenskosten mit sich bringen. Dafür wird man uns mit der Hoffnung entschädigen, daß eine einigermaßen ausreichende Ernährung für das nächste Jahr „sichergestellt" sei. Aber das ist eben nur eine Hoffnung.

•

Wilhelm II. hat nun, so wird amtlich gemeldet, die Einsetzung eines Staatskommissars für Volksernährung genehmigt und den Unterstaatssekretär **Dr. Michaelis** zum Staatskommissar ernannt.

Politische Uebersicht.

Die Kohlensteuer!

Berlin, 19. Februar. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde dem Entwurf eines Kohlensteuergesetzes die Zustimmung erteilt.

Der Beschluß einer Besteuerung der Kohle fordert zum schärfsten Protest heraus. Die Kohlenverteuerung belastet erstens den Armen, der doch Kohlen zur Heizung und zum Kochen unbedingt haben muß, mit neuen Abgaben, anstatt ihn durch Verbilligung der Kohle zu entlasten. Zweitens wirkt eine indirekte Steuer auf den allernotwendigsten Gebrauch, wie die Kohlensteuer, in Wirklichkeit als eine allgemeine Produktionssteuer, sie verteuert nicht nur den Haushalt, sondern jede überhaupt nur denkbare Ware. Kohle gehört zur Herstellung aller Gegenstände. Wird sie teurer, so erhöht sich der Preis jedes Produktes. Das ist ungeheuerlich. Aber es liegt System darin. Denn auch die anderen geplanten Steuern liegen auf gleichem Gebiete.

Nicht minder lebhaften Widerspruch muß die vorgeschlagene Verkehrssteuer wecken, die wiederum neben der Kohlen- und der schon im Vorjahre bewilligten Umsatzsteuer alle Güter des Verbrauchs verteuern wird. Dazu kommt die Verteuerung der Preise und ganz besonders auch des Straßenbahnverkehrs. Nimmt man dazu, daß mit Rücksicht auf die landwirtschaftliche Produktion so ziemlich alle pflanzlichen Nahrungsmittel, sowie die Milch im nächsten Wirtschaftsjahr eine abermalige Verteuerung erfahren sollen, so wird man sich darüber klar, daß die Entwertung des Geldes in geradezu rapidem Fortschritte begriffen ist, und daß zur Erhaltung auch des allerdürftigsten Existenzminimums Summen notwendig werden, die früher zur Führung eines außerordentlich angenehmen Daseins durchaus genügt hätten. Die allgemeine Teuerung trägt, wenn sie nicht mit einer entsprechenden allgemeinen Einkommenserhöhung verbunden ist, ein Moment der sozialen Unruhe in die Massen.

Die Kämpfe um die Aufbringung der Mittel für die kolossalen Ausgaben werden das gesamte öffentliche Leben bald immer mehr beherrschen. Die Art, wie die Regierung und die Parteien die Mittel aufbringen wollen, zeigt dem Volke auch die Richtung, in der sich die Politik der kommenden Zeit bewegen soll. Daß man wieder zu indirekten Lasten greift, die die Nichtbesitzenden schwer treffen müssen, ist bezeichnend genug.

Die Verjüngung des Offizierkorps.

Der Krieg hat das gebracht, wonach die Militärverwaltung im Frieden auf dem Wege der massenhaften Pensionierungen immer gestrebt hat: die „Verjüngung des Offizierkorps". Nach der neuen Dienstaltersliste der preußischen Offiziere braucht jetzt der Leutnant statt neun nur etwas mehr als fünf Jahre dienen, um Oberleutnant zu werden; nach durchschnittlich zwei Jahren rückt der Oberleutnant zum Hauptmann vor, und nach weiteren sechs statt zwölf Dienstjahren erreicht er die Charge des Majors. Erst bei den Generälen tritt wieder eine Stockung ein, die hauptsächlich ihren Grund darin hat, daß die etatsmäßigen Stellen der Generäle keine Vermehrung erfahren haben. Im übrigen bringt natürlich der Krieg den Militarismus zur höchsten Blüte.

Aus dem Preußischen Abgeordnetenhause.

Das Preußische Abgeordnetenhaus beriet am **Montag** in zweiter Lesung den Bauetat. Im Vordergrund der Debatten stand die Frage des Ausbaus des Wasserstraßennetzes und die Frage der Versorgung der Elektrizität durch den Staat. Dem Ausbau unseres Wasserstraßennetzes stehen, wie die Debatte lehrte, die früheren Kanalgegner auch jetzt, trotz der Erfahrungen des Krieges, noch keineswegs sympathisch gegenüber. Auch der Minister v. Breitenbach sprach sich nicht unumwunden für den Bau des Mittellandkanals aus; er legte vielmehr eine gewisse Zurückhaltung an den Tag. Entschieden wurde die Förderung des Kanalwesens verlangt von den Rednern der Linken, insbesondere von unserem Gen. Hue.

Was die Frage eines staatlichen Elektrizitäts-Monopols anbelangt, so stimmte hier Hue mit den Konservativen überein. Er erklärte mit Nachdruck, daß es angesichts der Entwicklung der Verhältnisse notwendig sei, daß der Staat die Elektrizitätsversorgung in die Hand nehme, und er scheute vor dieser Forderung auch deshalb nicht zurück, weil zufälligerweise die Konservativen auf dem gleichen Standpunkt stehen. Mit Recht bemerkte er, daß es ihm einzig und allein auf die Sache ankomme. Aehnlich, wenn auch nicht ganz so zustimmend, zu einem staatlichen Elektrizitäts-Monopol hatte sich vorher der Minister v. Breitenbach geäußert. Im übrigen trat Gen. Hue warm für die Interessen der Binnenschiffer und der Hafenarbeiter ein.

Kleine politische Nachrichten.

Koloniales Entschädigungsgesetz. Auf Betreiben kolonialer Kreise wird dem Reichstag bei seinem Zusammentritt eine Bittschrift zugehen, die die Schaffung eines kolonialen Entschädigungsgesetzes zum Gegenstand hat. Die Petenten verlangen, daß die Ansiedler in den deutschen Kolonien, die durch den Krieg geschädigt worden sind, grundsätzlich denselben Anspruch auf Entschädigung haben sollen, wie die Bevölkerung in Ostpreußen und in Elsaß-Lothringen.

Aus der Partei.

Stellungnahme der Organisationen.

Am Sonntag nahm in Königsberg i. Pr. eine außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stellung zu dem Parteistreite. Es referierten die Genossen Braun-Berlin (Parteivorstands-Mitglied) und Haase. Mit 337 gegen 116 Stimmen wurde das politische Verhalten des Abg. Haase gebilligt und das Vorgehen des Parteivorstandes verurteilt.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Düsseldorf stellte sich mit allen gegen eine Stimme auf den Boden des Beschlusses, der von der Bezirksleitung Niederrhein zu den Parteidifferenzen gefaßt wurde. Dieser Beschluß protestierte gegen das Vorgehen des Parteivorstandes und erklärte sich für die Aufrechterhaltung der Einheit und Duldung der Opposition.

Der Bezirksvorstand Stettin erläßt einen Aufruf an die Organisationen, Mitglieder und Zugehörige der Arbeitsgemeinschaft aus der Partei auszuschließen. Vor allem kommt hier der Reichstagsabgeordnete Genosse Vogtherr, der Abgeordnete für Stettin in Frage, denn er ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft.

Groß-Thüringen zum Parteistreit.

In Weimar fand am Sonntag eine außerordentliche Bezirkskonferenz des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Thüringen statt. An der Konferenz nahmen teil 35 Delegierte aus sämtlichen dem Bezirksverband angeschlossenen 12 Reichstagswahlkreisen, ferner acht Reichstagsabgeordnete und die Kandidaten einiger Kreise, Vertreter der Redaktionen der im Bezirk erscheinenden Parteiblätter, die Mitglieder des Bezirksvorstandes usw.

Das einleitende Referat hielt Genosse August Baudert-Weimar. Seine Ausführungen bewegten sich im Sinne des später angenommenen Antrages des Bezirksvorstandes (siehe weiter unten). Die Aussprache war außerordentlich lebhaft und zog sich bis in die sechste Abendstunde hin. Im Verlaufe derselben wurden noch zwei Entschließungen eingebracht, von denen die eine, von Vertretern aus Greiz und Altenburg unterbreitet, im Sinne des Aufrufs des Parteivorstandes gehalten ist und dessen Verhalten gegen die Opposition billigt, die zweite aber, von Gera und Gotha unterstützte, den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft als einziges Mittel empfiehlt, um die freie Meinungsäußerung in der Partei zu gewährleisten und der Vergewaltigungspolitik des Parteivorstandes entgegenzutreten. Die Abstimmung über die Anträge war eine namentliche. Die von dem Bezirksvorstand vorgelegte Resolution wurde mit 26 Stimmen angenommen, die Resolution Gera-Gotha blieb mit 17 Stimmen in der Minderheit, die geringste Stimmenzahl (nur 4) erhielt die Resolution Greiz-Altenburg.

Der angenommene Beschluß lautet:

„Die Parteigenossen in Thüringen stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß die sozialdemokratische Partei ihre großen Aufgaben — die besonders nach dem Kriege ihrer harren —, nur erledigen kann, wenn ihre politische Macht und ihre agitatorische Kraft ungebrochen zum Ausdruck kommt.

Deshalb haben sich die Genossen in Thüringen bisher immer gegen jede Zerstörung der Organisation gewendet. Diese müßte aber eintreten, wenn ein Teil der Parteimitglieder innerhalb der Parteiorganisation eine festgefügte Sonderorganisation schafft.

Die Konferenz verurteilt deshalb auf das entschiedenste das immer stärker hervortretende Bestreben zur Errichtung von Sonderorganisationen, einerlei, von welcher Seite diese betrieben werden.

Die Schwächung unserer Organisation und damit zusammenhängend die Schwächung unserer politischen Macht ist aber auch unausbleiblich, wenn Parteimitglieder, die ihrer, von der Mehrheit abweichenden Ansicht offen Ausdruck geben, unter Nichtbeachtung der, den Parteimitgliedern im Organisationsstatut gegebenen Rechtsgarantien um ihre Rechte in der Partei gebracht werden. Der im § 1 des Organisationsstatuts festgelegte Grundsatz:

„Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist"

muß allen Parteimitgliedern gegenüber Geltung haben. Da es aber nach der ausdrücklichen Erklärung des Parteivorstandes (Protokoll vom Parteitag in Magdeburg, Seite 360) kein Außerhalbstellen aus der Organisation gibt, „die Organisation kennt kein Außerhalb-der-Partei-Stellen; außerhalb der Partei steht nur, wer auf Grund des § 23 ff. (jetzt § 26) aus der Partei ausgeschlossen wird", lehnt die Konferenz jede Maßregel ab, die dem Organisationsstatut der Partei nicht entspricht.

Bei der politischen Zerrissenheit Thüringens und der damit zusammenhängenden Schwierigkeit unserer agitatorischen Tätigkeit erachtet es die Konferenz für dringend notwendig, daß alle Parteimitglieder, denen die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse durch den politischen Einfluß der sozialdemokratischen Partei am Herzen liegt, alles unterlassen, was uns trennt und eine schwere Schädigung der Arbeiterklasse im Gefolge haben muß. Die gegenseitige Anerkennung der freien Meinungsäußerung im Rahmen der bestehenden Organisation soll nach wie vor die Richtschnur des Handelns für alle Parteimitglieder bilden."

Der Kampf um den Vorwärts.

Vorwärts-Redakteure gegen Parteivorstand und Fischer.

Berlin, 14. Februar.

Heute stand vor der Zivilstrafkammer I des hiesigen Landgerichts die Verhandlung in der Klage an, die die Vorwärtsredakteure Genossen Däumig, John, Leid, Stadthagen, Ströbel und Wielepp erhoben haben. Die Klage richtet sich gegen die offene Handelsgesellschaft Vorwärts, Paul Singer u. Ko., gegen dessen Prokuristen Genossen Richard Fischer und gegen die Parteivorstandsmitglieder Genossen Bartels, Braun, Ebert, Gerisch, Müller, Molkenbuhr, Pfannkuch, Scheidemann, Wels, Wengels und Zietz.

Das Klagebegehren geht dahin, die im November 1916 durch Fischer erklärte „Entlassung" der Kläger als Redakteure für rechtsunwirksam zu erklären, das Gehalt zu zahlen, jede Störung der Tätigkeit als Redakteur bei Vermeidung einer fiskalischen Strafe zu unterlassen, insbesondere den einseitig von den Beklagten eingesetzten „Redakteuren" keinen Einfluß auf den Vorwärts zu gestatten, sich jedes Eingriffs in die Tätigkeit der Kläger zu enthalten und den Vorwärts so zu drucken, wie die Kläger es anordnen.

Zur Begründung der Klage ist von dem Anwalt der Kläger, Rechtsanwalt Dr. Horowitz, auf § 25 des Parteistatuts Bezug genommen, nach dem lediglich durch gemeinschaftlichen Beschluß der Preßkommission und des Parteivorstandes Redakteure angestellt oder entlassen werden können. Der offenen Handelsgesellschaft stehe ebenso wie Fischer auf die redaktionelle Gestaltung des Vorwärts, auf die Anstellung, Entlassung und Tätigkeit der Redakteure keinerlei Einfluß zu. Die Gesellschaft sei nicht Eigentum ihrer nominellen Inhaber, sondern Eigentum der Berliner Genossen. Die Gesellschaft ist als Treuhänder (Fiduziar) der nicht rechtsfähigen wirklichen Eigentümer errichtet. Der Gesellschaftsvertrag ergab, daß die nominellen Inhaber nur Scheininhaber sind, die nie einen Pfennig zum Gesellschaftsvermögen beigetragen haben, noch ein Recht auf einen Pfennig Gesellschaftsvermögen haben. Zur Ueberwachung der Einhaltung der Verpflichtungen sei eine Neunerkommission eingesetzt, die aus je einem Vertreter der Berliner acht Wahlkreise und einem Vertreter der Gewerkschaftskommission bestehen. Diese Vertreter haben auf Abruf ihrer Wahlkörper zurückzutreten. Die offene Handelsgesellschaft habe nur die Verpflichtung, den Vorwärts zu drucken und die gemeinsamen Beschlüsse der Preßkommission und des Vorstandes auszuführen, insbesondere auch die Gehälter zu zahlen. Aus den Gewinnen der Druckerei sei das Kapital für die Lindenhausaktiengesellschaft geschafft. Auch diese sei nur Treuhänderin der Berliner Genossen, die Grundstücke gehören ihnen. Lediglich formell treten die beiden Gesellschaften als Verleger oder Eigentümer auf, um den formalrechtlichen Vorschriften zu genügen. Die Beklagten hätten ihre formalrechtliche Stellung in einer strafbaren, jedenfalls unerlaubten Weise gegen Treu und Glauben ausgenutzt, um den wahren Eigentümern ihr Eigentum zu nehmen und die Kläger zu schädigen. Unter Ausnutzung des Kriegszustandes hätten sie die Berliner Genossen und die Kläger vorsätzlich und widerrechtlich in ihren Rechten verletzt. Sie hätten durch Täuschung des Oberkommandos über die näheren Rechtsverhältnisse und die tatsächlichen Verhältnisse den Vorwärts dem Parteivorstand in die Hände gespielt, nachdem der Parteivorstand durch seine Bekanntmachungen wiederholt ein Verbot des Vorwärts, die Präventivzensur über denselben und andere Maßnahmen der Zensurbehörde gegen den Vorwärts herbeigeführt hatte. Sie hätte aus dem Vorwärts ein charakterloses Reptil gemacht. Die Anträge seien nach den Satzungen des Organisationsstatuts der Partei, den Satzungen der Berliner Parteiorganisationen, den Verträgen der Kläger, den von der Handelsgesellschaft übernommenen Verpflichtungen und auf Grund der Tatsachen gerechtfertigt. Die Beklagten hätten widerrechtlich, arglistig und vorsätzlich die Rechte der Kläger und Treu und Glauben verletzt. Alle Behauptungen der Klage sind unter Beweis gestellt, auch dem Beklagten Fischer der Eid darüber zugeschoben, daß er erklärt hat: er wisse, daß er im Unrecht sei, aber in solchen Fällen gehe Macht vor Recht.

Von den Beklagten anerkannten die Genossen Wengels und Zietz den Klageanspruch in vollem Umfange, Wengels mit dem Hinzufügen, daß die Verhandlungen über das Recht der Berliner an der Gesellschaft Paul Singer u. Ko. von ihm mit Singer geführt sind und daß die damals getroffenen Vereinbarungen dem Klageantrag entsprechen.

Die übrigen Beklagten waren durch Rechtsanwalt Dr. Heinemann vertreten. Sie beantragten Abweisung und wenden ein: die Verträge mit der Gesellschaft und ihre Entstehung seien ein inneres Verhältnis, auf das Kläger sich nicht stützen könnten. Nach außen hin sei eben die Handelsgesellschaft Verlegerin. Als solche habe sie das Recht, Redakteure zu entlassen, auch wenn kein Grund vorliege. Sie sei dann zur Gehaltszahlung bis zum 1. April verpflichtet. Sie habe sich auch zu dieser Zahlung bereit erklärt. Hierbei gelangt zur Sprache und muß von den Beklagten zugegeben werden, daß sie trotz ihrer öffentlich und in dem Schreiben an Kläger gegebenen Zusicherung, Gehalt bis zum 1. April zu zahlen, seit dem 1. Februar die Zahlungen eingestellt haben. Sie motivieren das damit, jetzt sei Klage erhoben und da wollten sie es auf die Entscheidung ankommen lassen. Die Kläger seien mit Recht entlassen, weil sie den Beschluß der Groß-Berliner General-Versammlung gebilligt und gefördert hätten, solange kein Abonnement zu zahlen, bis die Gewaltmaßregeln der Beklagten aufgehoben und aus dem jetzt charakterlosen Vorwärts der alte Vorwärts gemacht sei. Eine Preßkommission existiere nicht, wenigstens entspräche sie nicht den Statuten. Die Kläger hätten sich übrigens „außerhalb der Partei gesetzt" oder seien vom Vorstand „außerhalb der Partei gesetzt" worden. Die Mitglieder des Parteivorstandes könnten nach § 17 des Statuts überhaupt nicht verklagt werden. Verträge bänden ihn danach nicht, er sei vielmehr immun. Im übrigen führten die Beklagten patriotische Gründe an: Die Differenzen zwischen ihnen und den Klägern lägen darin, daß die Kläger die Kriegskredite ablehnten, also „Deutschland wehrlos seinen Feinden ausliefern" wollten. Diese Argumente erhielten durch die Kläger böse Löcher. Sie erwiderten nämlich unter Beweisantritt, daß sämtliche Beklagte bis zum Kriegsausbruch die Behauptung als eine Verleumdung bezeichnet hatten, daß aus der Ablehnung von Heereskrediten gefolgert werden dürfe, Deutschland solle wehrlos seinen Feinden ausgeliefert werden. Keiner der Kläger stehe auf diesem Standpunkte. Sie vertraten die Ansicht, die Ausübung der Militärpflicht sei eine staatsbürgerliche Pflicht, die Bewilligung der Kredite sei ein politischer Akt, durch den die Kriegspolitik der Regierung politisch unterstützt würde. Welche Politik die richtige sei, sei nicht Sache des Gerichts zu entscheiden. Es sei nun aber doch erforderlich, über die Politik der Beklagten folgendes unter Beweis zu stellen, um ihre Anführungen in das rechte Licht zu stellen:

1. der Beklagte Fischer habe noch am 30. Juli 1914 im Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion erklärt, seine sozialistische Ueberzeugung gestatte ihm nicht, die Kriegskredite zu bewilligen.

2. die Redaktion des Klägers habe mit Zustimmung sämtlicher Redakteure und unter Billigung der Preßkommission den Beschluß gefaßt, keinen ihrer militärpflichtigen Mitglieder zu reklamieren. Der Beklagte Fischer habe aber hinter dem Rücken der Redaktion und der Preßkommission den Redakteur des Vorwärts Döscher, der für Kreditbewilligung eintrat, reklamiert,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0002
DFG

obwohl die Kläger die Arbeiten aller militärpflichtigen Redakteure zu erledigen bereit und imstande waren. Die militärpflichtigen Redakteure des Vorwärts, die die politische Ansicht des Klägers teilten, stehen im Felde.

3. Der Beklagte Ebert hat im Jahre 1914 den Versuch unternommen, die militärpflichtigen Mitglieder des Parteivorstandes, Bartels, Braun, Ebert, Müller. Wels, durch Haase zu reklamieren. Das habe Haase abgelehnt. Ins Feld gerückt ist keiner der jetzt die patriotische Pauke schlagenden Parteivorstandsmitglieder.

Ein „Außerhalb-der-Partei-stellen" gebe es ohne ein Schiedsgerichtsverfahren nicht. Die Kläger seien nach wie vor Mitglieder der Partei. Das Magdeburger Parteitagsprotokoll ergebe die Hinfälligkeit der Ansicht der Beklagten. Hier erklärt Heinemann, wenn auf das Parteitagsprotokoll von Magdeburg im Jahre 1910 Bezug genommen werde, müsse er — Vertagung verlangen. Der klägerische Anwalt repliziert, um einer Verschleppung entgegenzutreten, er ziehe seine Bezugnahme auf das Protokoll zurück. Es sei ja die damalige Erklärung Bebels und des Vorstandes notorisch, auch ergebe das Organisationsstatut, daß ein „Außerhalb-der-Partei-stellen" ohne Schiedsgerichtsverfahren unzulässig sei. Hätte der § 17 die Bedeutung, daß der Vorstand entgegen einem Vertrag nicht verklagt werden könne, so sei er als Verstoß gegen die guten Sitten ungültig. Diese Bedeutung habe er nicht, sondern, wie Auer 1900 in Mainz dargelegt habe, um den Behörden einen Eingriff in Schriftstücke usw. der Partei und dadurch Anklagen, Auflösungen usw. unmöglich zu machen oder doch zu erschweren. Die Preßkommission bestehe völlig ordnungsmäßig. Wider das Recht des Parteistatuts seien die von Beklagten jetzt ins Leben gerufenen Sonderorganisationen der Zweck, die Meinungsfreiheit in der Partei aufzuheben und an Stelle der Partei den jetzigen Vorstand und die Anhänger der Fraktionsmehrheit zu setzen, keineswegs mit der Mehrheit der Partei identisch sei. Der Einwand, es handle sich bei der Treuhandschaft um „innere Verhältnisse", sei ebenso hinfällig, als wenn der von einem Beamten auf Zahlung verklagte Fiskus erklären würde, er habe ihn ja nicht angestellt und dergleichen.

Das Gericht beschloß:

einen Termin zur Verkündung eines Beweisbeschlusses oder einer Entscheidung in etwa vier Wochen anzuberaumen.

Aus der Provinz.

Förderung des Hafer- und Kartoffelanbaues.

Aus Berlin wird amtlich mitgeteilt: „Die verschiedene Behandlung des Hafers und der Gerste hinsichtlich des Preises und der Ablieferungspflicht hat schon im vorigen Jahre dazu geführt, daß Gerste auf mehr zu Haferbau geeigneten Böden gesät und daß der Ertrag des Landes dadurch zum Schaden der Volkswirtschaft herabgesetzt wurde. Um einem ähnlichen Mißstande bei der diesjährigen Frühjahrsbestellung vorzubeugen, werden die Landwirte schon jetzt darauf hingewiesen, daß in den demnächst bekanntzugebenden Bestimmungen die bisherige Bevorzugung der Gerste vor dem Hafer nicht beibehalten werden wird.

Nach zahlreichen Nachrichten besteht auf dem Lande die Neigung, an Stelle der Kartoffeln in vermehrtem Maße Futterrüben oder Kohlrüben anzubauen, weil letztere Früchte bei den diesjährigen Preisen und der diesjährigen schlechten Kartoffelernte erheblich höhere Einnahmen gebracht haben. Auch vor dieser Maßregel ist eindringlich zu warnen. Die in nächster Zeit bekannzugebenden Preise der Kartoffeln und der als Ersatz in Frage kommenden Feldfrüchte werden so bemessen sein, daß ein Mißverhältnis zwischen den Preisen der Kartoffeln und denen der Ersatzfrüchte nicht wieder eintritt. Den Kartoffelanbau soweit wie möglich, mindestens in bisherigem Umfange aufrechtzuerhalten, muß jeder Landwirt als seine vaterländische Pflicht betrachten."

Das kann leider nichts anderes heißen, als daß die künftigen Kartoffelpreise noch höher sein werden als die diesjährigen! Es hätte aber zweifellos mehr im Interesse der Bevölkerung gelegen, die sich vordrängenden Futter- und Kohlrüben einfach im Preise herabzusetzen; dann wäre weniger davon angebaut worden, ihre Abgabe wäre billiger erfolgt und nebenher hätte man uns die neue Kartoffelverteuerung erspart. Die Landwirtschaft brauchte diese neuen Preissteigerungen nicht.

Die Knochenverwertung.

Eine Bundesratsverordnung betrifft den Verkehr mit Knochen, Knochenerzeugnissen, insbesondere Knochenfetten, und anderen fetthaltigen Stoffen. Die erste Verordnung über diesen Gegenstand vom 13. April 1916 hat im Laufe der Zeit eine Reihe von Ergänzungen und Abänderungen erfahren. Die sachlichen Abänderungen betreffen in der Hauptsache eine Ergänzung der Zahl der Fette und der fetthaltigen Stoffe, die der Bewirtschaftung durch den Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Oele und Fette unterworfen werden. Diese Maßnahme hat sich nach den Erfahrungen der letzten Monate als notwendig erwiesen, da die Interessenten, teilweise mit Erfolg, versucht haben, die bisherigen Bestimmungen durch geringfügige Umwandlungen der Fette usw. zu umgehen. Im ganzen bleibt es, wie gesagt, bei den bisherigen Bestimmungen, namentlich, daß Knochen nicht verbrannt, vergraben oder auf andere Weise vernichtet noch zu Dung- oder Futterzwecken verwendet werden dürfen, außer zur Verfütterung an Hunde und an Geflügel in der eigenen Wirtschaft. Es besteht Ablieferungspflicht, für Haushaltungen freilich nur dann, wenn die Ortsbehörde dies anordnet. Knochenfette aller Art sind den Kriegsausschüssen für pflanzliche und tierische Oele, Futtermittel aus Knochen dem Kriegsausschuß für Ersatzfutter und auf Verlangen abzuliefern. Die Strafen für Zuwiderhandelnde lauten auf Gefängnis bis zu 6 Monaten und Geldstrafe bis 1500 Mk.

Lauchstedt. Tödlicher Unfall einer Bahnschaffnerin. Auf dem Bahnhofe in Halle verunglückte dieser Tage die Frau Edel geb. Apelt von hier. An den erhaltenen Verletzungen ist die Frau jetzt gestorben.

Laucha. Die Kohlennot, die bereits allenthalben Platz greift, hat auch hier überhandgenommen, so daß es dringend am Platze ist, daß der hiesige Magistrat ernstlich für eine günstige Regelung bei Zuteilung der Kohlen sorgt. Leider hat der Magistrat den Händlern vollständig freies Spiel gelassen. So hatte sich denn bei einem Händler, der dieser Tage eine Ladung Briketts erhielt, eine solche Menschenmenge angesammelt, daß nicht nur der Hof des Händlers, sondern auch die Straße vor dessen Hause von Menschen wimmelte. Stundenlang mußte die Menge warten und die ärmere Bevölkerung mußte fast ausschließlich ohne Kohlen wieder abziehen. Leute der sogenannten besseren Stände erhielten meistens das gewünschte Quantum ausgehändigt. Es ist deshalb höchste Zeit, daß die Stadtverwaltung sich ernstlich dieser Angelegenheit annimmt und eine geregelte Verteilung der Kohlen anordnet. Der hiesige Konsumverein, der bisher den Kohlenvertrieb an seine Mitglieder selbst betätigte, hat leider im letzten Jahre infolge Einziehung fast aller Vorstandsmitglieder ebenfalls versäumt, einen Lieferungsvertrag mit der Grube abzuschließen, so daß auch er dem Drängen seiner Mitglieder nicht Rechnung tragen kann. Hoffentlich gelingt es noch rechtzeitig, einen Vertrag für das Jahr 1917 ab 1. April zu tätigen.

Helbra. Die Gasanstalt sieht sich gezwungen, die Gaslieferung bis auf weiteres nur von 6 bis 10 Uhr erfolgen zu lassen. Falls in den nächsten Tagen keine Kohlen eintreffen, muß sie den Betrieb ganz einstellen.

Bitterfeld. Eisenbahnunfall. Am Sonntag nachmittag fuhr ein Güterzug aus der Richtung Wittenberg bei der Einfahrt auf hiesigen Bahnhof einem anderen Zuge in die Flanke, wobei mehrere Wagen entgleisten und stark beschädigt wurden. Durch den Unfall wurden einige Gleise gesperrt, und es mußten einige Gerätewagen nach der Unfallstelle gesandt werden, um die Aufräumungsarbeiten vorzunehmen.

Delitzsch. Pferd und Wagen gestohlen. Nach einer Mitteilung von auswärts hat auf dem Rittergute Quais bei Delitzsch ein polnischer Kutscher einen mit zwei Pferden bespannten Landauer gestohlen und ist damit flüchtig geworden. Das eine Pferd ist ein Fuchswallach mit weißer Stirn, das andere eine braune Stute mit drei weißen Füßen. Sollte das Geschirr eingestellt oder sonstwie wahrgenommen werden, wird um sofortige Benachrichtigung der Polizei gebeten.

Eilenburg. Wegen Eisenbahndiebstahls wurde am Sonnabendabend der Bahnarbeiter Oehmig verhaftet. Aus einem geschlossenen Eisenbahnwagen entwendete er einen Sack Bohnen, aus einem anderen eine große Kiste mit Lebensmitteln. Außerdem beraubte er verschiedene andere Wagen ihres Inhaltes. Die gestohlenen Gegenstände wurden zum großen Teil in seiner Wohnung vorgefunden.

— Fahrplanänderung. Wieder fallen zwei Personenzüge (Eilenburg ab 10.10 abends, Leipzig an 10.59 und Leipzig ab 9.02 abend, Eilenburg an 9.45) weg. Der letzte Abendzug von Leipzig hierher fährt schon 10.50 ab und ist hier 11.33. Gleichzeitig ist der zur Bewältigung des Sonntagsverkehrs seinerzeit eingelegte Abendzug nach Leipzig (hier ab 6.15) ebenfalls zu streichen.

Wittenberg. Fahrplanänderung. Auf der Strecke Kohlfurt—Dessau treten Dienstag verschiedene Zugveränderungen ein, die von ganz einschneidender Bedeutung sind. Es fallen fort: Die Personenzüge 672, Falkenberg (ab 5.57 Uhr) — Wittenberg (an 7.10 Uhr), 675 Dessau (ab 12.20 Uhr) — Kohlfurt (an 6.58 Uhr), 678 Falkenberg (ab 10.42 Uhr) — Köthen (an 1.29 Uhr) — Aschersleben, 679 zwischen Dessau (ab 3.11 Uhr) und Falkenberg (an 5.31 Uhr), 686 Kohlfurt (ab 10.30 Uhr) — Wittenberg (an 3.25 Uhr), 689 zwischen Wittenberg (ab 5.45 Uhr) und Falkenberg (an 6.56 Uhr).

Elsterwerda. Ausfallende Züge. Von heute, Montag, bis nächsten Montag einschließlich fallen auf der Strecke Dresden—Elsterwerda zwei Personenzüge aus, und zwar Zug 323 ab Dresden Hauptbahnhof 8.27 Uhr vormittags, an Elsterwerda 10.12 Uhr, Zug 324 auf der Teilstrecke nach hier, ab Dresden 5.52 Uhr nachmittags. Von Beachtung ist auch, daß der Zug 3442 (ab Riesa 4.05 Uhr, an Chemnitz 6.04 Uhr nachmittags) während der angegebenen Tage nur 3. und 4. Klasse führt und nur eine beschränkte Zahl von Reisenden aufnehmen kann.

Körzen. Amtliche Impfungen. Die Polizeiverwaltung macht bekannt, daß der Kreisarzt einen öffentlichen Impftermin für Erwachsene abhalten wird, da in benachbarten preußischen Bezirken Pocken gemeldet sind, und empfiehlt, allgemein sich impfen zu lassen.

Magdeburg. Ueber Pockenfälle in Magdeburg wird mitgeteilt: Wie schon bekannt ist, haben sich in verschiedenen Orten unserer Provinz wie auch in einzelnen Nachbarprovinzen einige Pockenerkrankungen ereignet, die offenbar durch Wanderarbeiter übertragen worden sind. Aus einem der von der Krankheit befallenen Orte, Rathenow, ist nun kurz vor Weihnachten eine Frau von einem Besuche nach hier zurückgekehrt, nachdem sie sich dort angesteckt hatte. Sie erkrankte hier zu Weihnachten und, da die Krankheit leider nicht erkannt wurde, unterblieben auch alle Vorsichtsmaßregeln, so daß es zu einer kleinen Zahl (6) von Ansteckungen kommen konnte. Da diese ihres leichten Verlaufes wegen zunächst nicht ärztlich behandelt wurden, entgingen auch sie der Kenntnis, bis im Anfang der vergangenen Woche zwei von den angesteckten Personen in das Krankenhaus aufgenommen wurden, und nunmehr die Möglichkeit gegeben war, den einzelnen Erkrankungen nachzugehen.

Soziales.

Zur Klage über den Geburtenrückgang.

In dem Landwirtschaftlichen Genossenschaftsblatte konstatiert Dr. O. Hering, daß es hinsichtlich des Geburtenrückganges auch auf dem Lande nicht rosig aussiehe; überall sei dieser Rückgang ein gewollter! Die katholischen Gegenden schneiden in dieser Hinsicht jedoch noch etwas besser ab.

Das Zentralorgan der konservativen Partei, die Mitteilungen, nimmt hiervon Notiz und bemerkt resigniert: „Richtig ist, wenn Dr. Hering erneut feststellt, daß der Wohlstand auf dem Lande die Zahl der Nachkommen nicht steigert. Wenn es demnach auf den Willen (Idealismus, Entsagungsfähigkeit, sozial genossenschaftliches und vaterländisches Bewußtsein) ankommt, so müssen neben den anderen staatserhaltenden Faktoren namentlich Kirche und Schule ihren segensreichen Einfluß geltend machen zur Förderung des Familiensinns und zur Bekämpfung der Unsittlichkeit mit ihren schandbaren unnatürlichen (auch technischen) Begleiterscheinungen. Es handelt sich da nicht um Moralismus, Aszetismus und dergl., sondern um richtigen Patriotismus, um die Existenzfrage unseres Volkes. Die materialistische Gesinnungsart, ob spöttisch leicht geschürzt oder wissenschaftlich verbrämt auftretend, ist der Todfeind vaterländischer Größe und Stärke."

Wir fühlen den Konservativen ihren Schmerz über den Geburtenrückgang auf dem Lande nach. Aber mit moralischem Gejammer ist hier nichts zu machen; für die große Masse des Volkes sind in dieser Frage die ökonomischen Verhältnisse ausschlaggebend.

Die „hohen Arbeitslöhne".

Schon wiederholt haben wir die Verallgemeinerungen zurückgewiesen, die aus dem Umstande gefolgert werden, daß einzelne Arbeiterkategorien jetzt verhältnismäßig hohe Löhne erzielen. Ganz abgesehen von der Teuerung, ist die Lage der Arbeiter weit davon entfernt, glänzend zu sein. Aber die Stammtischmärchen schießen nach wie vor üppig ins Kraut, und dabei ist der sekttrinkende Schlosserlehrling ein würdiges Gegenstück zu dem sekttrinkenden Maurer der Gründerjahre geworden. Wie es tatsächlich aussieht, ergeben unter anderem einige Zahlen, die die neueste Nummer des Reichsarbeitsblattes enthält. Zu den Arbeitergruppen, in denen große Nachfragen nach Kräften bestehen und folglich auch ganz naturgemäß die Löhne in die Höhe gehen, gehören die Bergarbeiter. Darüber sagt das genannte amtliche Organ:

„Die Bergarbeiterlöhne zeigen in den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1916, für welche die Lohnstatistik bis jetzt veröffentlicht ist, eine von Vierteljahr zu Vierteljahr steigende Zunahme der verdienten reinen Löhne. Auch im Vergleich zum Jahresmittel 1915 macht sich für die einzelnen Bergbaugebiete eine mehr oder weniger erhebliche Steigerung der Löhne geltend. Am stärksten stieg der Lohn im Oberbergbaubezirk Dortmund (nämlich von 5,49 Mk. im Jahresmittel 1915 auf 6,57 Mk. im dritten Viertel 1916) und im Mansfelder Erzbergbau (von 4,22 auf 5,30 Mk.). Fast um 1 Mk. erhöhte sich der Schichtlohn sodann im niederrheinischen, im Saarbrücker und Aachener Steinkohlenbergbau, wie in den Siegener und in den lothringer Erzbergwerken."

Merkt's euch, ihr Bierbankpolitiker: der Lohn ist im Bergbau um 1 Mk. bis zu 1,10 Mk. gestiegen als Höchststeigerung, und er hat dabei die schwindelhafte Durchschnittshöhe von 6,57 Mk. pro Schicht im teuren Ruhrgebiet erklommen.

Daneben ist eine andere Statistik, die, wie ebenfalls das Reichsarbeitsblatt mitteilt, der christliche Metallarbeiter-Verband über die Kriegslöhne in der Siegerländer Metallindustrie, also auch einem Erwerbszweig, auf den der Krieg fördernd eingewirkt hat, veranstaltete. Das Resultat war, daß im Kreise Siegen und Altkirchen der Stundenlohn von 61,9 auf 62,1 Pf., also um 0,2 Pf. gestiegen ist. Gewiß ein glänzendes Resultat. Dies wird noch übertroffen im Kreise Olpe, wo der Lohn von 46,8 auf 50 Pf., also um 0,2 Pf. in der Stunde stieg. Ob die Arbeiter nicht wissen, was sie mit diesem Gelde anfangen sollen?

Massenunterbringung von Stadtkindern aufs Land.

Auf der Tagung des Deutschen Vereins für Schulgesundheitspflege, die am Sonnabend in Berlin stattfand, wurde als Gegengewicht gegen die Einwirkungen des Krieges auf die Gesundheit der Jugend mehr Landaufenthalt für Schulkinder gefordert. Der Schöneberger Stadtmedizinalrat Rabnow teilte mit, daß jetzt geradezu eine „Massendeportation von Schulkindern aufs Land" geplant sei, die kränklichen Kinder der drei oberen Volksschulklassen einen mehrmonatigen Landaufenthalt ermöglichen solle. Man erwarte davon eine Entlastung der Ernährungsschwierigkeiten für die Stadt, eine bessere Ernährung der aufs Land gebrachten Kinder und möglicherweise auch eine Hilfe für die Landwirtschaft, da die Kinder sich noch mit Nutzen für ihre Gesundheit an leichteren Landarbeiten beteiligen könnten. Wahrscheinlich werde schon in den nächsten Tagen eine umfassende Organisation ins Leben treten, die diesem Zwecke dienen solle.

Krieg und Volkszahl in Ungarn. Im ungarischen Abgeordnetenhause trat der oppositionelle Graf Appanyi sehr nachdrücklich für gründlichen Mütter- und Säuglingsschutz ein. Er wies darauf hin, daß im Jahre 1914 noch 630 407 Geburtsfälle gegenüber 435 433 (zivilen) Sterbefällen zu verzeichnen waren. 1915 die Geburtenzahl bereits auf 423 000 sank, während die Sterbefälle in der Zivilbevölkerung auf 469 902 stiegen. 1916 aber wurden gar nur noch 280 000 Kinder geboren, allerdings starben in diesem Jahre nur 370 000 Zivilisten. Die Säuglingssterblichkeit stieg von 19,7 Prozent im Jahre 1914 auf 26,4 Prozent im Jahre 1915, 1916 betrug sie 23 Prozent.

Allerlei.

Schreckliche Kunde aus dem Fegefeuer.

An die Zeit des dunkelsten Mittelalters erinnert ein Soldatenbrief, den das badische Zentrumsblatt Heuberger Volksblatt (Nr. 16 dieses Jahrgangs) enthält. Er soll hier als Kulturdokument im Auszug wiedergegeben werden.

Fegfeuer, den 28. Januar 1917.

Meine Lieben! Darf ich, soll ich noch schreiben? Die Kompagnie hat Euch amtlich mitgeteilt, daß ich gefallen bin. Ja! und meine Seele ist in die Hände des zürnenden Gottes gefallen. Glaubet nicht, daß jeder, der den Heldentod stirbt, sofort die Siegespalme des ewigen Lebens erhält. Ich bin im Fegfeuer. O welche Qual! Schrecklich war das Granatfeuer, in dem ich fiel. Schrecklicher ist hier das Fegfeuer .... Ich leide furchtbar, was helft Ihr mir? Ihr betet, ich spüre es. Aber wo bleibt die beste, die sicherste Hilfe, das Opfer? ... die fürs Fegfeuer beste Liebesgabe, das Meßopfer? .. Wo bleibt jetzt die heilige Messe? O weh, ich sehe es. Ihr lauft zur Näherin statt zum Pfarrer. Hilflos muß hier meine Seele schmachten, bis die Trauerkleider fertig sind. . . . Ich merke es, erst wenn ein mächtiger Schleier auf dem modernsten Trauerhut im Winde flattert, darf ein kühles Lüftchen meine arme Seele in der sengenden Feuerglut erquicken. . . . O weh! Ich merke, Ihr wartet, bis die Leichensagerin Zeit hat zum Herumgehen, bis diesem Vetter und jener Base der Tag paßt, bis eine große Todesanzeige in alle Häuser der Umgegend kommt. Dann erst wird mir geholfen. Warum all das! Viele kommen doch nicht gern, viele aus Geschäftsinteresse, manche wegen des Leicheneffens. Ihr seht doch, wie manche nach dem Opfergang ohne ein Vaterunser für mich fortrennen ins Wirtshaus. Derentwegen muß ich in meinem Leiden warten. . . . Warum muß ich so viele leidenvolle Tage und Nächte schmachten, bis Ihr mir helft? Ist das Eure Liebe? Ist das der Dank für meinen Opfertod?

Meine Lieben! Darf ich, soll ich Euch noch so nennen?

Euer armer Sohn und Bruder X.

Schade, daß der Tote seine Unterschrift nicht hinzugesetzt hat. Man würde sonst an ihn die Frage durch Feldpost ins Fegefeuer richten, welches Verbrechen er beging, daß er so schrecklich als Vaterlandsverteidiger leiden muß, wie viele der Messen für ihn nötig sind und aus welchen Mitteln arme Eltern die Meßopfer bezahlen sollen. — Im übrigen verdiente der Briefschreiber den Dank weiter Kreise, wenn er noch weitere Einzelheiten aus dem Fegefeuer, die Namen seiner Leidensgenossen usw., berichten würde. . . .

Grubenunglück in Oberschlesien.

Auf dem Schuckmannflöz der Paulusgrube (250 Meter-Sohle) bei Beuthen entstand am Freitag aus unaufgeklärter Ursache ein Grubenbrand, dem zuerst drei Mann, dann noch ein Steiger und ein Mann von der Rettungsabteilung zum Opfer fielen. Der Brandherd ist abgedämmt. Ein Mann, der sich noch im abgedämmten Brandfelde befindet, dürfte ebenfalls tot sein.

Ein falscher und ein echter Rubens.

Die in Antwerpen erscheinenden Vlaamsche Nieuws teilen (nach der Frankf. Ztg.) folgendes ebenso zeitgemäßes wie ergötzliches Geschichtchen mit: Ein Beamter, der nach Butter, Kartoffeln und anderen Waren forscht, die nicht in die Stadt eingeführt werden dürfen, kommt bei einer Revision in einen Straßenbahnwagen. Er wirft seinen Forscherblick auf den üppigen Busen einer Rubensschen Frau. — Hm! Was ist das? Sie versucht zu erröten. Es mißlingt! Unbescheidene Nachfrage. Es kommen zwei Kilogramm Butter hervor, ein Kilogramm rechts und ein Kilogramm links! Die Mitfahrenden sind mit der Untersuchung zufrieden und sind empört! — „Und die dort drüben?" Sie zeigen auf eine andere, noch üppiger ausgestattete Frau. Diese wird feuerrot, nicht vor Scham, sondern vor Entrüstung. „Nun gut, wenn ihr etwa denkt — —!" Und mit gewaltigem Ruck reißt sie die Jacke auf. Diesmal war es ein echter Rubens — —!

Ein großer Schwindel mit Lebensmittelkarten ist durch Verhaftung einer Bande von Burschen im Alter von 19 bis 25 Jahren in Dresden aufgedeckt worden. Die Burschen fälschten Ausweispapiere, verschafften sich Brot- und Lebensmittelkarten und verkauften diese in großem Maßstabe. Brotkarten kosteten z. B. 2 Mk. das Stück. Sie erzielten Tageseinnahmen bis zu 60 Mk. Auch gegen die Abnehmer schwebt eine Untersuchung. Die Polizei warnt vor dem Ankauf von Lebensmittelkarten, da der Käufer sich unbedingt einer Anklage wegen Hehlerei aussetzt.

Kinder in italienischen Munitionsfabriken. Economista dell' Italia Moderna schreibt: „Nachdem ein erster Versuch mit 400 jugendlichen Munitionsarbeiterinnen gut ausgefallen ist, will Unterstaatssekretär Dallolio sie in größerem Umfange rekrutieren. Er rechnet auf 15 000 Mädchen von 10 bis 12 Jahren."

In der Tatsache, daß man sich nicht scheut, sogar Kinder zur Herstellung von Granaten zu verwenden, hat man zugleich wieder einen trefflichen Maßstab für die Höhe unserer vielgerühmten Kultur!

Gegen die Hamster in der Schweiz. Der Regierungsrat des Kantons Bern hat ein Verbot der Lebensmittelanhäufung durch Privathaushaltungen und Hotels erlassen. Die Verordnung verbietet, Vorräte an Spezereiwaren anzulegen, welche den Bedarf von mehr als zwei Wochen überschreiten. Rechtswidrig angehäufte Lebensmittel können mit Beschlag belegt werden. Ferner wird der Bundesrat einen Beschluß über die Einschränkung des Verbrauchs bestimmter Lebensmittel in der Schweiz in den nächsten Tagen erlassen.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 Uhr.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Hennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Allerlei Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Herzig; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0003

Walhalla-Theater

Der grosse Schlager des Berliner Metropol-Theaters:

„Die Czardasfürstin"

Operette von Leo Stein und Bela Jenbach.
Musik von Emerich Kàlmàn.
Tageskasse von 10—1½ und 4—6 Uhr. 4164
Anfang ½8 Uhr.

Volkspark Burgstr. 27.

Morgen, Mittwoch, nachmittag:

Frei-Konzert.

4165 Die Geschäftsleitung.

Konzerthaus „Oberpollinger".
Ecke Gr. Ulrichstrasse. Jägergasse 1.
Neue Kapelle. Täglich: Gr. Künstler-Konzert Neue Kapelle.
des beliebten Damen-Trompeterkorps: **Alt-Leipzig.** 3596
Um regen Zuspruch bittet Frau Elsa Beth.

Metallarbeiterverband
Verwaltung Halle a. S.

Sonnabend, 10. März abends 8¼ Uhr, im „Volkspark":

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Die bevorstehende General-Versammlung in Köln a. Rh.

Anträge, die zur Beratung kommen sollen, müssen bis Sonntag, 4. März, im Verbands-Bureau eingereicht sein.

Ohne Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte kein Einlaß!

4162 Der Vorstand.

Wir bitten unsere geehrte Kundschaft Kenntnis nehmen zu wollen, daß unsere Verkaufsräume morgens erst **8½ Uhr geöffnet werden.**

H. Elkan, Halle, Leipzigerstr. 87.

4156

Paul Leuschner, Halle a. d. S., F
Zigarren- und Zigaretten-Versand,
Hauptgeschäft Mittelwache 9-10. Fernruf 2087. Zweiggeschäft Harz 50.
Engros-Vertrieb der Zigaretten-Fabriken Venidze, Eckstein, Manoli, Union, Reunion etc.
Zigarren nur erster Firmen.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. — Versand nach auswärts.

Filz- und Leder-Schuhwaren
in jeder Ausführung. 3605
— Vorteilhafte Preise. — Grosse Auswahl. —
Im Kaufhaus H. Elkan, Leipzigerstrasse 87.

Bekanntmachung.

Durch Bekanntmachung vom 20. 2. 17 Nr. W. III. 4700/12. 16 KRA habe ich Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für einfache, gezwirnte oder geschnürte Papiergarne, welche mit anderen Faserstoffen nicht vermischt sind, festgesetzt.

Die Bekanntmachung ist in den amtlichen Zeitungen und in ortsüblicher Weise veröffentlicht worden.

Magdeburg, den 20. Februar 1917. *1508

Der stellvertretende Kommandierende General des IV. Armeekorps:
Frhr. von Lyncker,
General der Infanterie à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Schmücken Sie Ihren Hut mit meinen

echten Straussfedern
Der reizende einzig feine Damenhutputz, Sommer u. Winter immer modern, fertig zum Selbstaufstecken. [*1509
— Ich liefere unter Nachnahme —
in Tiefschwarz und Schneeweiss
Länge ca. 36 cm, Breite ca. 13 cm, zu 1.75
„ „ 39 „ „ „ 14 „ „ 3.00
„ „ 45 „ „ „ 16 „ „ 5.00
Zurücknahme nach 8tägiger Probe!
Pracht-Katalog in künstlerischer Ausführung, grösste Auswahl in Straußfedern, Straußfedern-Kränze u. Reiher, sehr lehrreich, von großem Werte für alle Damen, versende ohne Kaufzwang an jedermann umsonst und postfrei.
Viele Auszeichnungen hoher Herrschaften
Ernst Lange, Straussfedern-Spezialhaus, **Düsseldorf,** Arnoldstr. 21 a.
Kein Ladengeschäft. Versand direkt an Private!

Solbad Fürstental

Sommer und Winter geöffnet! 4158

empfiehlt allen Kranken und Erholungs-Bedürftigen seine altbewährten natürlichen Quell-Solbäder, Schmiedeberger Moor-Schlammbäder, Irisch-römische Bäder, natürliche Kohlensäure-Solbäder nach Kissinger Art.

Fernsprecher Nr. 2640.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandels-Geschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, **werden aufgefordert, Mittwoch, Donnerstag und Freitag dieser Woche bei den von ihnen gewählten Großfirmen die zum Verkauf gelangenden Bohnen abzuholen.**

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, 20. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Um angeblich bestehende Mißverständnisse zu beseitigen, wird darauf hingewiesen, daß in der Woche vom 19. bis 26. Februar auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Viertel Pfund **Reis** und ein Viertel Pfund **Graupen** verteilt werden. Die Abgabe erfogt, wie in beiden auf die Reisverteilung bezüglichen Verordnungen bekannt gemacht worden ist, auf die Marke 9 und 10 des Warenbezugscheines.

Halle, den 20. Februar 1917. **Der Magistrat.**

Bei *1485
juckendem Hautausschlag,
der besonders in der Bettwärme zu lästigem Kratzen reizt, (kleine wässerige Bläschen, Krätze 2c.), lasse man sich sofort **Apotheker Schanz' Hautausschlag-Salbe** schicken. Vollst. geruchl. Topf 3.00 M. Versand geg. Nachnahme **nur** durch **Apotheker Schanz,** Einsiedel b. Chemnitz (Sa.).

Soeben erschienen:

Wahrer Jakob
Nr. 3.
Preis 10 Pf.

Gleichheit
Nr. 9.
Preis 10 Pf.

Zu beziehen durch alle Austräger und die
Volksbuchhandlung
Harz 42/44.

Arbeitsmarkt

Aeltere ehrliche, unabhängige
fleißige Frau oder Mann
auf den Hof gesucht.
*1513 **Banse,** Rellstrasse 103.

Saubere Waschfrau gesucht Seydlitzstr. 18. [*1514

Tüchtige Mechaniker od. **Feinmechaniker**
sofort gesucht. *1499
Maschinenfabrik Paul Feller, Berlinerstraße 4.

Hühnermist abzuholen Taubenstrasse 9. *1512

Achtung!

Derjenige, welcher mir im Grundstück Lerchenfeldstraße 4 mein Schoßleder vom Wagen abgemacht hat, ist erkannt. Bitte dasselbe wieder zurückzubringen, da ich sonst Anzeige erstatte. 4163
Karl Schröder, Glauchaerstraße 65.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung für unseren Betrieb
ungelernte Arbeiter und Platzarbeiter
in größerer Zahl. Reisegeld wird bedingungsweise vergütet. Arbeitsuchende wollen sich schriftlich oder mündlich wenden an: Arbeiter-Annahmestelle der
Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22. *1510

Zur gründlichen Ausbildung im Versicherungswesen suchen wir zu Ostern bezw. zum 1. April ds. Js.
einen Lehrling
mit guten Schulzeugnissen und bitten um gefl. Bewerbung.
Aachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft,
*1511 Halle, Ludwig Wuchererstraße 87.

Apollo-Theater.

4161 Die letzten **4** Tage!

Die grosse Ausstattungsposse

Ein prächtiger Kerl.

Hartstein in der **Hauptrolle.**

Stürmischer Lacherfolg!

U.T

Alte Promenade 11a — Fernspr. 5786. — | Leipzigerstrasse 88 — Fernspr. 1294. —

Nur noch bis Donnerstag.

Das hervorragendste Drama
Hermann Sudermanns
Stein unter Steinen
— 4 Akte —
Der 6. Film der Siegerklasse.
Vorführung: 4³⁰ 6⁵⁰ 9¹⁰.

Stuart Webbs
12. Abenteuer
Die Peitsche
Spannendes Detektiv-Drama in 4 Akten.
Vorführung: 3⁰⁰ 4⁵⁰ 6⁵⁰ 9¹⁰.

In beiden Theatern: 4166
Der Besuch S. M. Kaiser Karls im Deutschen Grossen Hauptquartier.

Vereins-Anzeiger

zur Veröffentlichung periodisch wiederkehrender **Veranstaltungen** der geselligen, politischen und wirtschaftlichen Vereine im Verbreitungsbezirk.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Jahresbeitrag 5 Mark jede Zeile.

Halle (Saale).

Arbeiter-Sänger-Chor.
Freitag den 23. Februar 1917, pünktlich abends 8½ Uhr, im Volkspark:
Singestunde.

Frauen- u. Mädchenchor. Jeden Mittwoch um 8½ Uhr im Volkspark: Singestunde.

Turnverein „Fichte"
Turnstunden: Turnhalle Ober-Realschule, Eing. Staudtestraße. Männer-Abteilung: Dienstag und Freitag, abends 8—10 Uhr. Turnerinnen-Abteilung: Mittwoch, abends 8—10 Uhr.

Touristen-Ver. „Naturfreunde."
Donnerstag den 22. Februar, abends ½9 Uhr im Volkspark: Zusammenkunft (Vortrag).
Sonntag den 25. Februar 1917: Tagestour nach Wettin. Führer: H. Haase. Abmarsch: 7 Uhr vom Wettinerplatz.

Wasserleitungs-Hähne
und Ersatzteile dazu
empf. **Ferd. Haassengier,**
*1515 Barfüßerstraße 9.

Waschgefäße, dauerhaft. billigst.
*1242 **Zander,** Gr. Klausstraße 12.
Mitglied d. Rabatt-Spar-Vereins.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Leopold Sachse.

Mittwoch den 21. Februar 1917:
Die Fledermaus.
Operette in drei Aufzügen von Johann Strauß. 4160

Donnerstag den 22. Febr. 1917:
Die verlorene Tochter.

Siegreich
brennende
Kriegs-Zigarren
in Feldpostbriefen
(fünf Zigarren oder dreissig Zigaretten portofrei)
empfiehlt in bekannter Güte
J. Sanow
Nachf. (H. Spengler),
Geiststrasse 5. †

Familien-Nachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für Halle und den Saalkreis.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Heizer

Friedrich Günther,

im Alter von 57 Jahren verstorben ist. 4159

Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes für den vaterländischen Hilfsdienst.

Hierzu gibt das stellv. Generalkommando IV. Armeekorps folgendes bekannt:

Alle nach dem Gesetz für den vaterländischen Hilfsdienst vom 5. 12. 16 hilfsdienstpflichtigen, im Bereich des IV. Armeekorps wohnenden Personen, die den unten verzeichneten Berufsständen angehören und für die Betätigung im Binnenschiffahrtsgewerbe nach ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten geeignet und gewillt sind, eine entsprechende Obliegenheit zu übernehmen, werden dringend ersucht, sich freiwillig zu melden, falls sie sich nicht schon im vaterländischen Hilfsdienst befinden:

„Alle in Schiffahrts- und Hafenbetrieben beschäftigten Personen des Innen- und Außendienstes, wie Geschäftsinhaber, kaufmännische und technische Geschäftsführer und Angestellte, Schiffsexperten, Kapitäne, Schiffsführer, Steuerleute, Motorbootführer und Maschinisten, Bergungsfachleute, Fischer, Heizer, Flößer, Terner, Matrosen, Schiffer, Schiffsmaschinisten, Schiffsköche und Aufwartepersonal, Kanalschleußen-, Brücken- und Fährpersonal, Treideldienstbeamte, Pferdetreiber, (Kanalschiffahrt-), Umschlag-, Lagerhaus- und Kaischuppenbeamte, Verwalter, Aufseher, Vorarbeiter (Schauerleute, Stauer, Zäler) und Arbeiter, Kranenführer für elektrischen und Dampfbetrieb einschl. Hoch- und Schwebebahnen, Elevatorführer und Schiebebühnenführer."

Die Meldungen erfolgen schriftlich bis zum 25. **Februar 1917** bei der Kriegsamtstelle Magdeburg, Abt. D. 1, unter Angabe des Alters, genauen Berufs, Wohnorts, des Militärverhältnisses, sowie der derzeitigen Beschäftigung.

Diese Aufforderung bezieht sich nicht auf die bereits in der Binnenschiffahrt oder sonst im Hilfsdienst tätigen Personen. *1516

Kriegsamtstelle Magdeburg.

Schwindel und Wucher im Kriege

mit besonderer Berücksichtigung des Nahrungsmittel-Schwindels und der Ausbeutung Kriegs-Beschädigter.

Von **Hermann Fuchs.**

Aus dem Inhalte:
Nahrungsmittelschwindel. Fleisch und Fleischpräparate. Butterverfälschungen. Milchpanscherei. Faule Eier und Eiersatz. Die Industrie der Liebesgaben. Seifenschwindel. Darlehnsvermittlungen. Die Ausbeutung der Kriegs-Beschädigten. Wucher.

Preis 50 Pfennig.

Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung Halle a. S.
Harz 42/44

Sozialdemokratischer Wahlverein, Ortsverein **Roitzsch.**

Unseren Mitgliedern die traurige Nachricht, dass unser Genosse

Otto Lange • 1507

an den Folgen einer schweren Verwundung auf dem Schlachtfelde, am 15. Januar 1917 in einem Feldlazarett in Rumänien, gestorben ist.

Seine allezeit treue Pflichterfüllung sichert ihm ein bleibendes Andenken!

Die Orts-Verwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0004

Halle, 20. Februar.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 43 — 1917

9]

Der arme Buchbinder.

Roman von **Hermann Horn.**

Nachdr. verb.

Oben angekommen, wandte die Neuerscheinung sich rückwärts nach der Treppe, die jetzt ein Packträger mit einem riesigen Koffer heraufkeuchte.

„Vorsicht, guter Mann," rief der elegante Herr. „Vorsicht — der Koffer birgt Reichtümer von unschätzbarem Wert und auch zerbrechliche Güter gibt es darin."

Ein Koffer schwankte an Leopold Stettner vorüber und gleich darauf schritt der Packträger dröhnenden Schrittes auf erfolgte Weisung den Gang entlang.

Hinter ihm an der Treppe beugte sich Herr Rosee zu seiner Frau und der Buchbinder hörte ihn heiß flüstern: „Einen Kuß, Senta."

Wie er sich aber vorbeugte und den geschulterten Stock nach hinten schob, bekamen die Gans und der Schinken das Uebergewicht und polterten die Treppe hinunter.

Frau Rosee lachte hell auf.

Ihr Mann drehte sich langsam um, hob in Ermangelung eines besseren Einfalles beschwörend die Hände hoch und stieg dann langsam die Treppe hinunter, während man von unten die Stimme Frau Wagners hörte.

„So, da geht's ja gut her, da wirft man einem ja die Schinken und die Gänse nach."

„Grüß Gott, Frau Wagner, ja so geht's bei uns zwei —."

Der Buchbinder war rasch vorgesprungen.

„Was soll denn das?" fragte er die junge Frau und sah ihr voll ins Gesicht.

„Mein Gott Herr Stettner," erwiderte sie, seinen Blick begütigend und gutmütig erwidernd: „Es ist ja alles Unsinn! — Denken Sie doch nur, was wollen Sie denn anfangen?"

Der Buchbinder starrte sie erschrocken und erstaunt an, und konnte keine Antwort finden.

Da waren auch schon Frau Wagner und Herr Rosee mit den eingefangenen Lebensmitteln wieder im Gang heroben.

„Jawohl — jawohl," begrüßte der Schauspieler den Buchbinder, „ich kenne Sie schon," und streckte ihm die Hand entgegen.

„Herrschaften," sagte er, nachdem der Packträger entlohnt war, „ich brauche Menschen, wenn ich mich freue! — Ja, es ist wahr, das war immer so bei mir, nicht wahr Senta? — Feiern Sie mit uns das Wiedersehen besserer Zeiten! — Es gibt Bier und Branntwein, Kaffee, Tee, Schinken, eine pommersche Gänsebrust, den schönsten Spickaal der Welt, Wurst, Käse, Kuchen, alles da!"

„Ja," lud Frau Rosee ein, „kommen Sie nur," und schenkte dem Buchbinder einen besonderen, freundlichen Blick.

Dann mußten sie alle in das Zimmer der Rosees eintreten.

Der Schauspieler umarmte die Kleine, die er „mien Döchting" nannte, und dann sagte er: „Wart," und sperrte seinen Koffer auf.

Er holte zwei neue Kleidchen, ein Mäntelchen, Strümpfe, Schuhe, eine seidene Prachthaube hervor, und die Kleine mußte angezogen werden damit.

„Nein, nein —," rief Frau Rosee halb lachend, halb ärgerlich.

Da holte er für sie Stoff für ein seidenes Kleid hervor, und packte noch Handschuhe, Taschentücher und eine große Flasche Kölnisches Wasser darauf.

„Hast du Töne? — Wir haben's sauer und redlich verdient, Mutting — von ehrlich erworbenem Gelde gekauft."

Dann holte er noch ein ganzes Warenlager mannigfachster Eßwaren und Delikatessen hervor, stapelte sie auf, wo es Platz hatte, und trieb die beiden Frauen an, den Tisch zu rüsten.

Er stand inmitten all dieser Reichtümer, mit dem gütigen Blick und der Zufriedenheit des hungrigen Menschen, der weiß, wenn er sich nur ein bißchen beherrscht und wartet, bekommt er alles, was sein Herz begehrt.

„Herrschaften," sagte er, „ich wünsche mir für mein Leben nichts anderes mehr, als den Arbeitern moderne Kunst aufsagen zu dürfen! — Da ist noch ein Feld. — Es verstehen es viele ja nicht, aber wie sie aufpassen — wie man Samen ausstreut — man wirkt! Ich pfeif aufs ganze Komödienspielen."

„Ach, das muß doch arg schwer sein, so ein ganzes Stück mit allen Rollen zu sprechen," sagte Frau Wagner.

„Das macht die Uebung," erwiderte der Schauspieler. „Nur mit den weiblichen Rollen hat's manchmal seine Schwierigkeiten."

Dann nahm er die Kleine auf den Schoß und setzte sich neben den Buchbinder, den er vorher schon aufs Sofa genötigt hatte.

„Das nächste Mal," fuhr er fort, „wird meine Frau die weiblichen Rollen sprechen. Ich hab' schon verschiedenes ausgemacht, und wir werden viel zu tun haben. Wir werden auch Dichterabende veranstalten, bei denen meine Frau Lieder singen wird.

Was, Senta, das wird ein schönes Leben werden, von einer Stadt zur anderen! — Ich freue mich schon darauf. — Wollen Sie mit, Frau Wagner? Sie können vorne an dem Eingange Billetts verkaufen. — Kinder und Soldaten vom Feldwebel abwärts die Hälfte."

„Machen Sie denn das auf Ihre eigenen Kosten," fragte Frau Wagner.

„Keine Idee," erwiderte er ernst und würdig lächelnd. — Die Vereine und Gewerkschaften machen das auf ihre eigene Rechnung und geben mir ein festes Honorar. Aber sie haben immer Ueberschüsse für die Parteikasse. Der Name Rosee zieht jetzt schon bei ihnen! — Und das ist das Schöne an der Sache, daß ich meinen Verdienst dabei habe, und zugleich noch Geld für unsere große Sache beisteuere! — So geht alles herrlich Hand an Hand."

„Ist er nicht ein rührender Kerl," sagte Frau Rosee zu Frau Wagner, während sie den Tisch deckten. „Das ist sein völliger Ernst!"

„Warum soll das nicht mein Ernst sein?" fragte der Schauspieler. — „Das muß sogar mein heiliger Ernst sein! —"

Er hob seine grauen Augen in seinem braunen, faltigen Gesicht, das ein klein wenig etwas vom Zwerg hatte, zu seiner Frau auf.

„O, du bist ja so dumm, so wahnsinnig dumm," sagte seine Frau und bekam ihn von hinten zu fassen.

„Au — au," rief der Mann geschmeichelt aus und bückte sich, wobei er sein Gesicht lächelnd den anderen zuwandte.

Da schrie die Kleine auf seinem Schoß, da Frau Rosee ihr mit dem Arm ins Gesicht gekommen war.

„Siehst du," sagte er ernst zu seiner Frau, „jetzt hast du das Kind verletzt!"

„Quatsch, so — so — so —"

Sie nahm das Kind und tanzte damit im Zimmer umher.

„Das ist der Fehler meiner Frau," verbreitete sich Herr Rosee, „diese merkwürdige Plötzlichkeit. Die ist ihr auch in ihrer Kunst eigentümlich. Und einen anderen Fehler hat sie, daß sie nicht sparen kann. Aber das hängt wohl auch wieder mit dieser Plötzlichkeit zusammen! — Denken Sie nur, wie es uns einmal so schlecht ging, daß wir kaum was zu beißen hatten, und ich eben von meiner Mutter zwanzig Mark geschickt bekommen hatte, ging sie hin und kaufte für ein Probegastspiel für zwölf Mark seidene Strümpfe anstatt baumwollene. Hat sie nicht auch Schulden gemacht bei Ihnen, Frau Wagner? — Sie hat große Vorzüge diese Frau — aber das sind ihre Fehler."

„Paperlapapp — papp —" machte Frau Rosee, „jetzt ißt man."

Frau Wagner lächelte.

„Ich meine, Herr Rosee, nichts für ungut — aber ein großer Sparer scheinen Sie mir auch nicht zu sein," sagte sie, „wenn man bedenkt, was Sie da alles zusammengekauft haben. — —"

„Das bißchen," meinte er, „das ist für meine Familie!"

Aber dann lachte er und sagte: „Ja, nun bin ich überführt."

Frau Rosee sagte: „Ja — ja — so ist er — —" (Forts. folgt.)

Kriegszahlen einst und jetzt.

Die in jeder Beziehung ungeheuerlichen Ausmaße des Weltkrieges lassen sich am deutlichsten an den Zahlen ermessen, die hier im Spiele sind und hinter denen die größten Daten und Ziffern aus vergangenen Kriegen klein und unbedeutend erscheinen müssen. Ganz außerordentlich erweist sich dieser Unterschied, den Leutnant Siegfried **Baske** in einer interessanten Zusammenstellung in der bei der Deutschen Verlag-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Zeitschrift **Ueber Land und Meer** darlegt, wenn man z. B. an die Zeit denkt, als Friedrich der Große 1757 einen fast dreimal so starken Gegner mit 24 000 Mann schlagen konnte, und als ein Aufgebot von 33 000 Mann genügte, um einen so bedeutungsvollen Sieg wie den bei Leuthen zu erfechten. Heute ist ein einziges deutsches Armeekorps so groß, daß es in vorgeschriebenen Abständen auf einer Straße marschierend, ungefähr eine Strecke von 60 Kilometern einnimmt, was also bedeutet, daß die letzten Truppen 10 Stunden ununterbrochen marschieren müßten, um an den Punkt zu gelangen, wo die ersten aufbrachen. Auch die Zahlen der napoleonischen Kriege, wie z. B. bei Leipzig 472 000 Mann, bei Wagram 310 000 Mann, bei Dresden 217 000 Mann, bei Mars la Tour 176 000 Mann, müssen uns heute noch als geringfügig erscheinen. Beträchtlich erweist sich schon der Unterschied zwischen dem Kriege 1870-71 und dem ostasiatischen Kriege. Im ersteren Kriege verfeuerte keine deutsche Batterie in einer Schlacht mehr als 200 Schuß im Durchschnitt, im ostasiatischen Kriege aber war die Schußzahl bei vielen Batterien auf mehr als das Doppelte gestiegen. Der Weltkrieg jedoch hat auch die letztgenannten Zahlen bei weitem übertroffen. Nach einer amtlichen Meldung der französischen Heeresleitung vom 17. Juni 1916 wurden zum Beispiel nördlich von Arras an einem einzigen Tage von der französischen Artillerie fast 300 000 Schüsse gegen die deutschen Stellungen abgegeben, was also fast dem ganzen Verbrauch der deutschen Artillerie im Feldkriege 1870-71 gleichkommt. Die Bedeutung dieser Munitionsmengen wird greifbar, wenn Leutnant Baske ausführt, daß das Gewicht der genannten 300 000 Schuß auf nicht weniger als 4 500 000 Kilogramm geschätzt werden muß, für deren Fortschaffung also mehr als sechs Eisenbahnzüge von je 100 Achsen notwendig waren. Wenn man einen Schuß aus der Feldkanone mit ungefähr 25 Mark veranschlagt, so kostete dieser eine Tag bei Arras die Franzosen 7,5 Millionen Mark, wobei die Verwendung zahlreicher kostspieligerer Geschosse gar nicht in Betracht gezogen ist. Nach einem Bericht der deutschen Heeresleitung verschoß der Feind an einem Februartage des Jahres 1916 gegen eine Front von nur 8 Kilometern Breite mehr als 124 000 Schuß innerhalb 24 Stunden. Diese Schußzahl ist also dreimal so hoch wie die der deutschen Artillerie bei St. Privat gegen eine Front von fast 16 Kilometern Breite. Entsprechend dem ungeheuren Anwachsen des Munitionsverbrauches ist andererseits die Belagerungszeit der Festungen auf ein erstaunliches Minimum zurückgegangen. Während im deutsch-französischen Kriege Paris vom 19. September bis zum 28. Januar belagert werden mußte, Straßburg von Mitte August bis zum 28. September und Metz vom 18. August bis zum 27. Oktober, fiel im gegenwärtigen Kriege Antwerpen bereits nach drei Wochen, Iwangorod nach 14 Tagen, Lüttich und Warschau konnten sich sogar bloß zwei Tage halten. Auch hinsichtlich der Verpflegung sind natürlich die Zahlen im Vergleich zu früheren Kriegen ins Gigantische gewachsen. Nach der Aufstellung Leutnant Baskes muß die tägliche Nahrung für eine Feldarmee von nur 4 Millionen Mann über 1000 Eisenbahnwagen füllen. Was die Kosten im gegenwärtigen Kriege betrifft, so kann man schon jetzt sagen, daß sie so ziemlich die Kosten sämtlicher Kriege des 19. Jahrhunderts aufwiegen. Nach einer Berechnung von Edmond Théry im Economiste Européen kostet der Krieg allen Kriegführenden zusammen etwa 90 Milliarden im Jahre, also 7500 Millionen im Monat oder 250 Millionen im Tage oder 10 Millionen pro Stunde. Und zwar sind hier nur die reinen Militärausgaben berechnet. Was dies bedeutet, läßt sich am klarsten erkennen, wenn man vergleichsweise die Kosten der größten Kriege des 19. Jahrhunderts heranzieht. Es kostete nämlich der amerikanische Sezessionskrieg 25 000 Millionen Frank, die napoleonischen Kriege 16 500 Millionen Frank, der deutsch-französische Krieg 15 000 Millionen Frank, der russisch-türkische Krieg 14 100 Millionen Frank, der spanisch-amerikanische Krieg 5000 Millionen Frank, der Transvaalkrieg 4000 Millionen Frank, die italienischen Feldzüge 2300 Millionen Frank, der chinesisch-japanische Krieg 1500 Millionen Frank, die Kämpfe in Algier und Madagaskar 1800 Millionen Frank, der spanisch-portugiesische Krieg 1250 Millionen Frank und die Kämpfe in Zentralasien 1125 Millionen Frank. Schließlich sei noch ein Vergleich zwischen den Menschenverlusten gezogen: Während die Menschenverluste sämtlicher Kriege des 19. Jahrhunderts rund 2 178 000 Mann betrugen, ist man nach den russischen Feststellungen im gegenwärtigen Kriege allein für die russische Armee bisher zu einer Gesamtzahl von ungefähr 5 Millionen Kriegsgefallenen gelangt.

Die türkische Frau im Kino.

Von **Elise Mehderian** (Konstantinopel.)

Schachsade-Baschi ist eine bekannte Straße Stambuls, die sich vom Bajesidplatz bis zum Fatihhügel erstreckt. Diese Straße ist düster und entfaltet keine Pracht. In zwei Reihen räkeln sich die alte, kleine, höchstens einstöckige Häuser aneinander, die dann und wann durch anspruchsvolle Eingänge zu Schauspielhäusern unterbrochen werden.

Aber wenn der Anblick der Straße auch ziemlich bescheiden ist, so wetteifert sein Gepräge billiger und leicht zu erlangender Lustbarkeit mit der Friedrichstraße Berlins oder den äußeren Ringstraßen von Paris. Und das zu jeglicher Tagesstunde. Denn wenn die Männer unter Tage ihrem Berufe nachgehen, so werden sie bei den Schaustellungen durch ihre Frauen vertreten, die ja sowieso nach Sitte und Gesetz einer Vorstellung in demselben Raum mit Männern nicht beiwohnen dürfen.

Die Lustbarkeiten der „Schachsade" sind schon sehr alt und ihre glänzende Epoche liegt lange hinter ihr. Das europäische Vergnügungsviertel hat ihr jetzt geschadet. Pera ist ihr jüngerer und bestechender Nebenbuhler. Je nun, die Schachsade ist noch immer der alte „Monmartre" Stambuls, mit den Schmieren-Theatern, mit Hanswurst-Spielen und heute mit dunklen und dumpfigen Kientopp-Sälen. Schachsade-Baschi war früher der Sammelpunkt der glänzenden osmanischen Welt, die sich heute in Pera die Zeit vertreibt und auf die Gegend jenseits des „Goldenen Horns" verächtlich herabblickt. Die Masse des Volkes aber hängt noch immer an jenen durch die Erinnerung geheiligten Stätten. Jetzt begegnet man in der Schachsade-Baschi, die nur einige hundert Meter lang ist, alle fünfzig Schritt einem Kino.

Die Neugier lockte mich eines Tages in eines dieser „Lichtspiele". Es war in dem größten und ältesten Saale untergebracht, einer Art Markthalle. Der Boden war feucht von dem Regen, der in der Nacht durch das klaffende Dach seinen Weg ins Innere gefunden hatte und durch die schlecht geschützten Fenster und Eingänge. Zwei Stunden vor dem Beginn der Vorstellung war der Saal schon zur Hälfte voll. Es gibt Frauen, die von weither kommen, aus den Vororten. Aber auch die Näherwohnenden halten es für geraten, zeitig zu erscheinen, um sich einen guten Platz zu sichern. Ein oder zwei Stunden müßig zu sitzen, bereitet ihnen ja keine Beschwerden. Es sind in der Mehrzahl Frauen aus dem Volke, die die Bankreihen füllen, aber auch die übrigen Klassen sind vertreten und natürlich jedes Alter; selbst Mütter mit ihren Säuglingen sind nicht selten. Ohne Unterlaß strömen sie herein. Nach kurzer Zeit bin ich völlig umringt und eingezwängt in dieser schaulustigen Menge, und es bleibt mir nichts anderes übrig, als zu bleiben und mir die Ungezwungenheit und Seelenruhe der türkischen Frauen zum Beispiel zu nehmen. Eine in jeder Weise lehrreiche und interessante Haft! Sie, die so an Teppiche, Sofas, Polster gewöhnt sind, machen wirklich weitgehende Zugeständnisse an Bequemlichkeit, indem sie ihre Rücken und Arme auf harten Lehnen und Sitzen schmerzhaft drücken. Sie tun es gern und mit Anstand. Weder Gereiztheit noch Ungeduld gewahrt man in ihren Gebärden.

Endlich beginnt die Vorstellung. Ueber die weiße Wand zuckt und blitzt und hastet das ereignisreiche Leben der Kameliendame, die von einer italienischen Schauspielerin gespielt wird. Ein kleiner Bierfiedler, das einzige männliche Wesen, das zu dem Kreise der Frauen Zutritt hat, kratzt auf seiner Violine Chopins Trauermarsch. Man kann sich nicht leicht eine Vorstellung von der Ergriffenheit und Aufmerksamkeit machen, die im unbestimmten Scheine des zurückgeworfenen Lichts auf allen Gesichtern zu sehen ist. Alt und jung folgt den Einzelheiten des Schaustücks mit emsiger Teilnahme. Von Zeit zu Zeit surrt unerwartet ein dumpfes Gemurmel durch den Raum, und zwar jedesmal, wenn die Bilderfläche durch ein erklärendes Wort unterbrochen wird. Denn alles Jungvolk beeilt sich, ihren des Lesens unkundigen Müttern und Tanten laut vorzulegen, was zu erwarten steht. Ob sich die größten Schauspieler rühmen können, eine so dankbare Zuhörerschaft zu haben? Ich bezweifle es. Welche rührende, ungeschminkte Herzenseinfalt! Angstvolle Mienen sehe ich um mich herum, und schöne, schwarze Augen tränengefüllt!! Eine liebe, kleine Nachbarin bricht unvermittelt in lautes Klagen aus: „O, annedji-im! annedji-im! (Mutti, Mutti! Mutti!). Margerit wird sterben, sie wird sterben, — — das tut mir zu weh!" „Sei nur ruhig," beschwichtigt die Mutter ihre Tochter — beide sind gleichermaßen gerührt, „es ist töricht, sich so zu grämen, 's ist doch alles nicht wahr, du vergißt, daß du in einem Kino bist!" . . . . Allüberall im Saal dieselben schmerzverstörten Augen, dasselbe zweifelnde und schicksalanklagende Kopfschütteln, dieselben teilnahmsvollen Ausrufe und dazwischen von Zeit zu Zeit das Geplärr eines kleinen Kindes, das nicht mehr stillhalten will und doch seine Mütter nicht vom Stuhle loszuketten vermag.

Eine ebenso geräuschvolle wie einfältige Posse machte leider der tiefen Rührung ein Ende. Die Kinder brachen unter Freudengeheul auf, das vorige Schweigen durch die Stärke des Lärms weit überbietend, und rissen schließlich durch ihren lauten Uebermut auch die Erwachsenen fort, zu einem einstimmigen, unbeschreiblichen Bruhaha.

Kleines Feuilleton.

Im rumänischen Gebirge.

Ueber die Strapazen des Marsches im schneebedeckten Gebirge schreibt ein junger Magdeburger Genosse aus Rumänien:

Eine lange Fahrt lag hinter uns. In drei Tagen und drei Nächten hate uns die Bahn von Galizien durch die Karpathen und Ungarn nach Siebenbürgen gebracht. Ein Tag Ruhe war uns nun vergönnt, sie tat uns auch dringend not. Am anderen Morgen schon standen wir wieder marschfertig. Nach einigen Stunden Marsch auf fester Straße erreichten wir den Fuß des Gebirges. Nun ging es bergan. Alles Gepäck wurde zurückgelassen, nur etliche hochbepackte Tragtiere wurden mitgenommen.

Hell schien der Mond, der Schnee glitzerte, bald verschwanden die Tannen an unserer Seite und machten niedrigen Wachholderbüschen Platz. Immer höher ging es auf schmalem Weg. Ein eisiger Wind fegte über uns hinweg, weiße Wolken hüllten uns ein. Der Atem ging schwer, trotz der Kälte tropfte uns der Schweiß von der Stirn.

Endlich kam die ersehnte Pause. Zur Rechten gähnte eine Schlucht, zur Linken, 300 Meter über uns, war der Gipfel des Berges. Nach wenigen Minuten Pause hatten wir uns abgekühlt und begannen zu frieren. Endlich hieß es: Fertigmachen! Zu unserer Ueberraschung ging es nicht auf dem Wege weiter, sondern jeder versuchte nach Möglichkeit die 300 Meter direkt zu überwinden. Oben angekommen, ging es eine Stunde lang bergab, gleitend und rutschend. Manchen wollte die Kraft verlassen, doch hier gab es kein Zurück oder Liegenbleiben, es wäre der sichere Tod durch Erfrieren gewesen.

Plötzlich gähnte eine Schlucht und versperrte uns den Weg. Da wußten wir mit einem Schlage, was los war: wir hatten den Weg verloren. Der Schnee hatte die schmalen Wege ausgelöscht; Kehrt und zurück zur Höhe des Berges.

Es war inzwischen 12 Uhr nachts geworden, wir waren hungrig und müde. Nun ging es auf der anderen Seite des Berges hinunter ins Tal. Hier standen dichte hohe Tannen, und unter ihnen streckten wir uns aus zum Schlafen bis zum Morgen.

Früh schon begann wieder die Kletterei hinauf zum Berge, doch der Weg war gefunden worden. Steil ging es bergab, einer hinter dem anderen, zum Schlusse die Tragtiere. Tief, tief unten kletterten die ersten, winzig klein anzuschauen wie Zwerge und noch immer war des Rutschens kein Ende.

Doch endlich war auch die Talsohle erreicht, und nun ging es Stunde um Stunde, leicht bergan und bergab, durch und über halbvereiste Bäche, über mächtige niedergebrochene Tannen, die den Weg versperrten.

Schwindelnd hoch ragten zu beiden Seiten die Berge. Nicht satt sehen konnte sich das Auge, und doch war es keine Freude, denn es war Krieg. Endlich kamen wir am Ziel an, aus dem Tal war ein Engpaß geworden. Doch es kam auch eine herbe Enttäuschung. Mancher hatte die Hoffnung gehabt, am Ziele wartet ein Quartier, ein Raum mit einem Dache darüber und dann ein mächtiges, wohlig knisterndes Feuer. Ach, solch ein schönes warmes Feuer, an dem man sich ausstrecken kann.

Aber nichts von dem, kein Haus, kein Dach, nichts als Schnee. Zelte mußten gebaut werden. Kein Halm Stroh, und nun kam die Nacht.

Am anderen Morgen ging es bergan, eine Stunde, zwei Stunden, drei Stunden, endlich waren wir oben 400 Meter über uns, getrennt von uns durch eine tiefe Schlucht, liegen die Russen. Auch hier liegen wir bis jetzt noch im Freien. Um unsere Verpflegung zu empfangen, ist ein Drittel der Kompagnie täglich acht Stunden unterwegs. Schwer ist der Krieg, aber fast unmenschliche Anstrengungen verlangt er im Gebirge, 1200 Meter hoch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0005
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 20. Februar 1917.

Dringliche Forderungen der Schulärzte.

Die Vereinigung der deutschen Schulärzte hielt in der Berliner Universität eine Besprechung ab. Den Hauptgegenstand der Beratungen bildeten Mindestforderungen an den schulärztlichen Dienst. Stadtschularzt Dr. Steinhaus (Dortmund) stellte in längerem Vortrage folgende Forderungen auf:

1. Regelmäßige Ueberwachung der hygienischen Einrichtungen der Schulen, insbesondere der Klassenräume, zweimal im Jahre; 2. Untersuchung der Lernanfänger; 3. regelmäßige Klassenbesuche der Aerzte, und zwar je ein- bis zweimal jährlich zur Ermittlung kränklicher Kinder, ferner Untersuchung der „Ueberwachungsschüler“ und Prüfung der hygienischen Einrichtungen; 4. regelmäßige Sprechstunden für Kinder und gegebenenfalls auch für die Eltern im Schulhause, mindestens alle vierzehn Tage; 5. Reihenuntersuchungen ganzer Jahrgänge; 6. Nutzbarmachung aller ärztlichen Einrichtungen und Wohlfahrtseinrichtungen zur Behandlung der schulpflichtigen Kinder. Ferner wünschte der Redner die Beratung der Schulverwaltung in Fragen der Hygiene, soweit schulärztliche Gesichtspunkte dabei in Frage kommen. Die Erfüllung dieser Mindestleistung setze eine besondere Ausbildung der schulhygienischen Tätigkeit der Aerzte unbedingt voraus. Der für Volks- und Bürgerschulen einheitlich geregelte schulärztliche Dienst sei sinngemäß auch auf die höheren Lehranstalten und die Fortbildungsschulen auszudehnen. Der Vortragende bezeichnete es als dringend erforderlich, die Schulhygiene nach einheitlichen Grundsätzen zu regeln. Er beantragte die Einsetzung einer Kommission, die auf Grund der gesammelten Erfahrungen 1. einen einheitlichen Ueberwachungsdienst, 2. eine einheitliche Jahresberichtstabelle, 3. eine einheitliche Dienstanweisung in Vorschlag bringen soll.

Die Aussprache, die dem Vortrag folgte, endete mit der Annahme der von Dr. Steinhaus empfohlenen Entschließung.

Wir begrüßen dieses Drängen der Schulärzte nach Erweiterung ihrer Tätigkeit aufs Wärmste. Eine Ausdehnung des ärztlichen Einflusses auf die Schule kann nur von größtem Vorteil sein, sowohl für die Kinder und deren Familien, sowie für die Lehrer und das Schulziel. Um diese Erfolge zu erreichen, muß sich auch bei uns in Halle das Wirken des Schularztes noch beträchtlich erweitern. Selbst die Mindestleistungen, die in den obigen Leitsätzen gefordert werden, sind hier noch nicht erreicht. Für sie wird in der Stadtverordnetenversammlung ein energisches Wort gesprochen werden müssen. Und sofort nach Beendigung des Krieges ist die Anstellung mehrerer Aerzte dringendes Erfordernis.

Die künftigen Höchstpreise für Gemüse.

Der Gemüsejammer des letzten Jahres ist bekannt. Während im Vorjahre leidlich erträgliche Höchstpreise bei einer immerhin noch eben zureichenden Gemüseversorgung bestanden, hat das letzte Erntejahr uns nach Aufhebung der Höchstpreise selbst zu unerhört hohen Preisen keine annähernd ausreichende Gemüsezufuhr gebracht. Für das bißchen Weißkohl, was noch herangeschafft wurde, mußte bereits 25 Pfennig für das Pfund gezahlt werden. Und jetzt hat nur die Stadt noch gelegentlich kleine Mengen zu etwas mäßigeren Preis abzugeben.

Infolge dieser unerträglichen Zustände soll die Versorgung der Bevölkerung der Großstädte mit Spätgemüse im kommenden Herbst wieder mal auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat in den Lieferungsverträgen, die sie zwischen Erzeuger und Kommunalverbänden vermittelte, bestimmte Höchstpreise vorgeschrieben. Diese Höchstpreise bleiben in Kraft auch dann, wenn die sonst für den Verkehr vorgeschriebenen Höchstpreise niedriger angesetzt werden sollten; werden aber diese „öffentlichen“ Höchstpreise erhöht, dann müssen die in den Verträgen mit den Kommunalverbänden festgesetzten Preise diesen angepaßt werden. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst teilt mit, daß folgende Kleinhandelshöchstpreise in Aussicht genommen sind: Herbstweißkohl 5 Pf., Dauerweißkohl 9 Pf., Herbstrotkohl 9 Pf., Dauerrotkohl 12 Pf., Herbstwirsing 9 Pf., Dauerwirsing 11 Pf., gelbe Kohlrüben 4 Pf., rote Speisemöhren 9 Pf., gelbe Speisemöhren 6 Pf., Zwiebeln 12 Pf.

Früher hätten wir über diese Preise als viel zu hoch weidlich gescholten. Aber die Bevölkerung wäre jetzt froh, wenn sie zu diesen hohen Preisen wirklich leidlich versorgt würde. Ob die verschiedenen Reichsstellen das im kommenden Erntejahr nun endlich einmal durchsetzen werden.

Pockenwarnung!

Der Umstand, daß, wie andere Orte der Provinz, so auch Halle von den schwarzen Pocken bedroht ist, veranlaßt die Polizei, in einer Bekanntmachung folgende Anweisungen an die Bevölkerung zu geben:

In einzelne Orte Deutschlands sind durch Ausländer echte Pocken (Blattern) eingeschleppt worden. Die Pocken (Blattern) sind eine gefährliche Krankheit (Seuche), welche sich nur durch Ansteckung fortpflanzt.

Die Uebertragung auf Gesunde kommt entweder unmittelbar durch den Verkehr mit Kranken oder mittelbar durch Zwischenträger, welchen Pockenkeime anhaften, zustande. Zwischenträger können Gegenstände aller Art sein, wie getragene Leib- und Bettwäsche, Kleidungsstücke, Betten, Polster, Teppiche, Vorhänge usw., aber auch gesunde Personen, welche mit Kranken in Berührung gekommen sind. Ebenso kann auch durch die Luft eine Uebertragung auf die Nachbarschaft stattfinden.

Die Erkrankung an den Pocken beginnt etwa zwei Wochen nach Aufnahme der Ansteckungsstoffe mit meist hohem Fieber, welches in der Regel mit einem Schüttelfrost eingeleitet wird. Der Kranke klagt über heftige Kopfschmerzen, ein Gefühl von Abgeschlagenheit in den Gliedern und Neigung zu Ohnmachten. Erbrechen wird selten vermißt. Dazu gesellen sich häufig Kreuz- und Rückenschmerzen. In manchen Fällen zeigen sich bald auch masern- oder scharlachartige Flecke am Unterleib und den Oberschenkeln. Gelegentlich kommt es auch zu starken Blutungen (Nasenbluten). Treten diese Erscheinungen nach Umständen auf, welche eine Pockenansteckung befürchten lassen, so kann jetzt schon der Verdacht auf eine Pockenerkrankung ausgesprochen werden und ist demgemäß Anzeige bei der Polizeibehörde zu erstatten.

Jeder noch so leichte Pockenfall kann die Krankheit in ihrer schwersten Form auf andere übertragen; er bedeutet daher für seine Umgebung eine große Gefahr, weil gerade Leichtkranke mit mehr Menschen in Berührung zu kommen pflegen als Schwerkranke.

In jedem, der Pocken auch nur verdächtigen Falle ist es dringend geraten, alsbald einen Arzt zuzuziehen. Kleidungsstücke, Wäsche und sonstige Gebrauchsgegenstände von Pockenkranken dürfen unter keinen Umständen in Benutzung genommen oder an andere abgegeben werden, ehe sie desinfiziert sind. Auch dürfen sie nicht undesinfiziert nach anderen Orten verschickt werden.

---

* **Hilfsdienstpflichtige.** Die Kriegsamtstelle erläßt im Anzeigenteil dieser Nummer abermals einen Aufruf zur Meldung für den Vaterländischen Hilfsdienst, und zwar für diejenigen hilfsdienstpflichtigen im Bereich des 4. Armeekorps wohnenden Personen, die geneigt und gewillt sind, für die Betätigung im Binnenschiffahrtsgewerbe eine ihren geistigen und körperlichen Fähigkeiten entsprechende Obliegenheit zu übernehmen. Der Aufruf verzeichnet alle dafür besonders in Frage kommenden Berufsstände. Die Meldungen müssen unter genauer Angabe des Alters, des Berufes, des Wohnortes, des Militärverhältnisses und des derzeitigen Beschäftigung des Bewerbers schriftlich bis zum 25. Febr. 1917 an die Kriegsamtstelle erfolgen. Es sei besonders darauf hingewiesen, daß sich der Aufruf nicht auf Personen bezieht, die bereits in der Binnenschiffahrt oder sonst im Hilfsdienst tätig sind.

* **Auskunft über Frauenberufe.** Die Notwendigkeit einer sachgemäßen Berufsberatung für das weibliche Geschlecht gewinnt mehr und mehr an Bedeutung. Die Probleme, die mit der Berufswahl der Jugend zusammenhängen, sind infolge der Erscheinungen, die der Krieg nach dieser Richtung hin gezeigt hat, auch für das weibliche Geschlecht besonders wichtig geworden. Nur eine dauernde Beschäftigung mit allen vielfach rasch wechselnden Fragen kann Ersprießliches leisten. Aus diesem Grunde ist eine besondere Berufsberatung bezw. Auskunftsstelle für Frauenberufe dem Städtischen Arbeitsamte, weibliche Abteilung, Leipziger Straße 16, angeschlossen worden. Diese erteilt kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Auskunft über Aussichten in den einzelnen Berufen und die etwa notwendige Vorbildung. Sprechstunden: Dienstag und Freitag von 3 bis 6 und Mittwoch von 10 bis 1 Uhr. Gerade mit Rücksicht auf die bevorstehende Schulentlassung und die damit im Zusammenhang stehende Berufswahl wird die Inanspruchnahme dieser Einrichtung empfohlen.

* **Der Uebergang zur Sommerzeit.** Zu der von uns schon gemeldeten Einführung der Sommerzeit wird amtlich noch berichtet: „Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. Februar 1917 wird auch für das laufende Jahr die Sommerzeit eingeführt. Sie beginnt am 16. April, vormittags 2 Uhr (mitteleuropäische Zeit) und endet am 17. September, vormittags 3 Uhr (Sommerzeit). Zu dem erstgenannten Zeitpunkte werden die öffentlichen Uhren um eine Stunde vor-, zu dem letztgenannten um eine Stunde zurückgestellt. Am Vormittag des 17. September erscheint danach die Stunde von 2 bis 3 Uhr doppelt; die erste dieser Stunden trägt die amtliche Bezeichnung 2 A (2 A 1 Minute usw. bis 2 A 59 Minuten), die zweite die amtliche Bezeichnung 2 B (2 B 1 Minute usw. bis 2 B 59 Minuten). Die Frühverlegung des Sommerzeit-Abschnittes gegenüber dem Vorjahr ermöglicht eine noch bessere Anpassung an die tatsächlichen Lichtverhältnisse. Tag und Stunde des Uebergangs zur Sommerzeit sind mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Eisenbahnbetriebs gewählt worden.“

* **Höchstpreise für Papiergarn.** Mit dem heutigen 20. Februar ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch welche Höchstpreise für Spinnpapier aller Art sowie für einfache, gezwirnte oder geschnürte Papiergarne, welche mit anderen Faserstoffen nicht vermischt sind, eingeführt werden. Die im einzelnen festgesetzten Höchstpreise und der Wortlaut der Bekanntmachung können bei den Landratsämtern und Polizeiverwaltungen eingesehen werden.

* **Kopflose Heringe.** Der Kriegsausschuß für Oele und Fette macht bekannt: „Heringsköpfe enthalten Fettstoffe, deren wir dringend benötigen. Die Heringe werden daher auf unsere Veranlassung von jetzt ab ohne Köpfe verkauft.“

* **Das William-Büller-Gastspiel im Stadttheater.** Nur einem Bruch der bisherigen Grundsätze der Theaterleitung verdanken wir es, daß gestern endlich einmal wieder ein Gast die Bühne des Stadttheaters betreten konnte. Direktor Sachse hält es künstlerisch nicht für einwandfrei, den geschlossenen Rahmen der hier von den gleichgestimmten Darstellern herausgearbeiteten Aufführungen durch das Auftreten eines Gastes durchbrechen zu lassen. Bei sogenannten Bomben- oder Glanzrollen ist dieses Bedenken nicht unberechtigt. Aber das gestrige Auftreten Büllers brachte den Beweis dafür, daß Direktor Sachse seinen guten Grundsatz bisher doch etwas zu streng auffaßte. William Büller sprengte den Rahmen der von uns bei der Erstaufführung im Dezember sehr gelobten Darstellung des Biberpelz nicht. Im Gegenteil, er gab ihr erst den richtigen Glanz. Noch mehr, die für die Geschlossenheit und Wirkung gerade dieser Diebskomödie notwendige innere Wahrscheinlichkeit dafür, daß ein Wehrhahn als Amtsvorsteher überhaupt möglich ist, weiß Büller so trefflich, wie wohl keiner außer ihm, zur Geltung zu bringen. Seinem Spiel glaubt man es unbedenklich, daß es solcherlei Amtsvorsteher in Hinterpommern oder den angrenzenden Marken wohl geben konnte. So überwindet Büller erfolgreich die große Gefahr, daß die treffliche Komödie Gerhart Hauptmanns in viele mehr oder minder burleske Einzelszenen zerfällt. Das Publikum wurde sichtlich durch den Gast in den Bann des wirkungsvollen Gesamtspiels gezogen, und jeder Besucher wird freudige Dankbarkeit für William Büller empfunden haben, der durch seine Art der Wehrhahn-Darstellung den Biberpelz vor 20 Jahren erst bühnenfähig machte.

Die Leitung des Stadttheaters wird aus dem Abend hoffentlich den Schluß ziehen, daß es auch noch andere Gastspiele gibt, deren Träger gerade für die volle abgerundete Wirkung mancher Werke von größter Bedeutung sind. Aber man sollte mit der Darbietung solcher höherer künstlerischer Leistungen in Halle nicht erst warten, bis wieder eine bewährte Kraft ihr 25jähriges Gastspiel-Jubiläum feiert. Das wäre doch ein zu arges künstlerisches Versäumnis.

* **Stadttheater.** Heute, Dienstag, wird Die weiße Dame wiederholt, Mittwoch Die Fledermaus, Donnerstag Ludwig Fuldas Lustspiel Die verlorene Tochter. Am Freitag gelangt zur Erstaufführung Vasantasena, ein Schauspiel in drei Aufzügen (sieben Bildern) nach dem Indischen des Königs Sudraka von Lion Feuchtwanger. Dieses Stück heißt im Original Mritschakatika, zu deutsch: Das irdene Wägelchen. Es führt diesen Titel nach der Szene des kleinen Rohasena (zu Beginn des zweiten Aufzugs). Die tönerne Spielkutsche des Knaben, die Vasantasena mit ihrem Schmuck anfüllt, um sie in eine goldene zu verwandeln, bildet, da dieser Schmuck als Schuldbeweis gegen Tscharudatta dient, gewissermaßen den Angelpunkt der Handlung. Sonnabend geht die Oper Carmen in Szene, Sonntag nachmittag als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen die Operette Tausend und eine Nacht. Für Sonntag abend ist Verdis Oper Ein Maskenball in Vorbereitung.

* **Volkspark.** Morgen, Mittwoch, nachmittag findet wieder eines der beliebten Freikonzerte statt, ausgeführt von der Kapelle des Landst.-Ers.-Bat. unter Mitwirkung des beliebten Vortragssängers Janson.

* **Walhalla-Theater.** Die Operette Die Tschardasfürstin hat auch hier in Halle großen Beifall gefunden. Am letzten Sonntag war das Theater bereits in den Nachmittagsstunden ausverkauft; viele mußten umkehren ohne ein Billett zu erhalten. Es ist der Direktion gelungen, ab heute abend den so beliebten Operettensänger Herrn Hannes wiederum für ein kurzes Gastspiel zu gewinnen, er singt in den nächsten Vorstellungen die von ihm hier kreierte Rolle des Grafen Edwin. Es empfiehlt sich, die Eintrittskarten rechtzeitig zu lösen. Die Titelrolle singt allabendlich Frau Paula Dereani als Gast, den Grafen Boni Direktor Alfred Dedak.

* **Die Eisdecke der Saale** ist an vielen Stellen noch bis 40 Zentimeter stark, trotzdem ist vor einem Ueberschreiten des Stromes aufs dringendste zu warnen.

* **Pferdegeschirr gestohlen.** Am 17. Februar ist aus dem Hof eines Grundstücks in der Landwehrstraße ein vollständiges Pferdegeschirr mit weißem Beschlag und frisch lackiert gestohlen worden. Das Spitzkummet hat älteren Verschluß, das linke Ziehband ist vierfach genäht, der Zügel ist zweimal mit Draht geflickt, der Stirnriemen am Zaume ist aus blauem Lackleder und an einer Seite des Halsriemens fehlt die Messingverzierung. Es wird angenommen, daß das Geschirr verkauft worden ist. Personen, die Angaben über den Verbleib desselben oder den Täter machen können, werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 20 oder 40, zu melden.

* **Ein müder Gaul.** In der Eichendorffstraße mußte ein zum Schlachten bestimmtes Pferd abgestochen werden, da es infolge Ermattung nicht imstande war, seinen Weg nach dem Schlachthofe fortzusetzen. Es wurde sodann seinem Bestimmungsorte mittels Wagens zugeführt.

* **Gefunden.** In der Zeit vom 1. bis 15. Februar sind bei der Polizei als gefunden abgegeben oder angemeldet worden: 8 Geldtäschchen mit Inhalt, 1 Uhranhänger, 1 Damenuhr im Lederarmband, 1 Papptäschchen m. Papieren, 1 Muff, 1 Schirm, 1 Handtasche mit Schlüssel, 1 Ring, 1 Pappkarton mit Inhalt und mehrere Schlüssel. Die unbekannten Eigentümer werden aufgefordert, ihre Rechte im Polizeiverwaltungsbureau, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 100, geltend zu machen.

Die Kreisfleischstelle teilt mit: Gemäß der Verordnung über die Fleischversorgung im Saalkreise kommen in der Woche vom 19. Februar bis 25. Februar als Wochenmenge etwa 250 gr Fleisch und Wurst auf den Kopf der Bevölkerung zur Verteilung. Die Abgabe von Eingeweideteilen in unverarbeitetem Zustande ist verboten. Die hieraus hergestellte Wurst wird auf die Fleischmenge angerechnet. Da die zulässige Höchstmenge zur Verteilung gelangt, so dürfen die Schwerstarbeiter nicht besondere Berücksichtigung finden. Durch Anrechnung von Fleisch aus Notschlachtungen können sich in einzelnen Bezirken Abweichungen ergeben. Von der Reichsfleischkarte werden alle zehn Abschnitte für den Empfang des Schlacht- und Büchsenfleisches sowie der Wurst bestimmt.

Gewerkschaftskartell Halle.

Sitzung vom 14. Februar 1917.

1. Eingänge und Mitteilungen. Vom Obmann des hiesigen Schlichtungsausschusses ist bei einem Teil der Gewerkschaften ein Schreiben eingegangen, in welchem die Benennung der unständigen Beisitzer verlangt wird. — Die Generalkommission ersucht um Mitteilung über Mißstände in der Verteilung der Hindenburgspende und der sonstigen Nahrungsmittel. Mit Hilfe dieses Materials soll eine gleichmäßigere Zuteilung der notwendigsten Lebensmittel an die ärmere Bevölkerung erstrebt werden. — Um in der gegenwärtigen Kohlennot Abhilfe zu schaffen, hat der Kartellvorstand an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in welcher durch geeignete Vorschläge ersucht wird für eine bessere Regelung Sorge zu tragen.

2. Ueber den Bericht des Vorstandes und der Kommissionen wird an anderer Stelle des Volksblattes berichtet. In der Diskussion darüber kommt zum Ausdruck, daß der Vorstand im Berichtsjahr seine Schuldigkeit getan hat. Wenn zum Beispiel in der Kriegsbeschädigtenfürsorge noch viel zu wünschen übrig bleibe, so liege das in der hiesigen Leitung. Professor Wolf habe schon des öfteren zugesagt, daß die Berufsberatung in andere Bahnen gelenkt werden solle, aber leider sei es bei dem Versprechen geblieben. Es erwecke den Anschein, als wolle man bei dieser sehr wichtigen Frage die Arbeitervertreter ausschalten. Infolge der vorgerückten Zeit wurde die Erledigung dieser Angelegenheit auf die nächste Kartellsitzung verschoben. — Ferner wurde Beschwerde erhoben über den städtischen Arbeitsnachweis. Es ist mehrmals beobachtet worden, daß die sich dort Meldenden von den Angestellten in nicht einwandfreier Weise behandelt worden sind, so daß sie darauf verzichteten, den Arbeitsnachweis weiter zu benutzen. Die Genossen Göbel, Döltz und Emmer wurden beauftragt, solche ihnen namhaft gemachten Fälle in den Deputations-Sitzungen zur Sprache zu bringen. — Des weiteren wurde über die mangelhafte Verteilung der Lebensmittel Klage erhoben. In letzter Zeit sei in der Talamtschule wiederholt festgestellt worden, daß Wurst, Spitzbeine und dergleichen ohne vorherige Bekanntmachung verkauft werden. Die Entnahme dieser Waren werde auf dem Lebensmittelschein nicht verzeichnet, so daß ein Teil Familien mehrmals hintereinander, andere gar nicht in den Genuß solcher Waren kommen. Der Vorstand wurde beauftragt, in einer Eingabe um Abhilfe dieses Uebelstandes zu ersuchen.

3. Die Vorstandswahl mußte wegen Nahen der Polizeistunde, auf die nächste Kartellsitzung verschoben werden.

Abwesend waren die Vertreter der: Bergarbeiter, Böttcher, Buchdruckereihilfsarbeiter, Lithographen u. Steindrucker, Dachdecker, Hausangestellte, Kupferschmiede, Maler und Lackierer, Porzellanarbeiter, Tapezierer und Töpfer.

Gewerkschaftliches.

Tarifabschluß im Schneidergewerbe.

Die Lohnbewegung in der Herren-Maß-Schneiderei ist jetzt zum Abschluß gekommen. Nach zweitägigen Verhandlungen am 16. und 17. Februar in Nürnberg unter Vorsitz der Unparteiischen Magistratsrat v. Schulz-Berlin, Stadtrat Dr. Hiller-Frankfurt a. M. und Gewerbegerichtsrat Sartorius-München einigten sich die Gehilfenverbände mit dem Allgemeinen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe auf nachstehende Vereinbarungen:

I. Lohnfrage. 1. Stücklohn. Auf sämtliche verdienten Löhne wird einschließlich des Streckungszuschlages eine feste 25prozentige Erhöhung gewährt. 2. Zeitarbeit. Während der Dauer der Streckungsverordnung erhalten die Tag- und Wochenschneider den in ihren Tarifen angesetzten Tag- und bzw. Wochenlohn ohne weiteren Aufschlag unverkürzt. Mit dem Wegfall der Streckungsverordnung tritt auf diese Tag- und Wochenlöhne eine Erhöhung von 25 Prozent ein. Bei Beschäftigung in Stundenlohn werden 25 Prozent Zuschlag gewährt. — Alle während des Krieges in irgend einer Form gewährten Zuschläge kommen mit Gewährung des 25prozentigen Zuschlags in Wegfall. In den Geschäften, welche der Streckungsverordnung nicht unterliegen, tritt ab 1. März 1917 der Zuschlag von 25 Prozent auf die Tag- und Wochenlöhne ein.

Unter diesen Voraussetzungen wurden alle bestehenden Tarife verlängert; sie können als ganzes unter Einhaltung einer dreimonatlichen Kündigungsfrist, die zum Ersten eines jeden Monats zulässig ist, gekündigt werden. Der Kündigung hat eine einmonatliche Ansagung vorauszugehen. Nach erfolgter Ansagung sind sofort die Verhandlungen zum Abschluß eines Reichstarifs in Angriff zu nehmen, dessen Inkrafttreten auf den Ablauf der Kündigungsfrist festgesetzt wird.

Diese neuen Vereinbarungen treten am 1. März 1917 in Kraft. Alle Stücke, welche nach dem 1. März 1917 in Angriff genommen werden, werden nach den neuen Sätzen entlohnt. Stücke, welche vor dem 1. März 1917 in Angriff genommen und noch nicht vollendet worden sind, erhalten den Zuschlag nur für die Arbeit, die nach dem 1. März 1917 geleistet worden ist.

Briefkasten der Redaktion.

F. K. Da Sie auch als Lokomotivführer in einem Kohlenwerk nicht zu den Betriebsbeamten zu rechnen sind, so haben Sie im Falle der Krankheit keinen Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts. Erhalten Sie dennoch das Gehalt weiter fort, so kann das Krankengeld dafür einbehalten werden. Während der Zeit der Erwerbsunfähigkeit sind Krankenkassenbeiträge nicht zu entrichten.

Kriegerfrauen
auch solche, welche in letzter Zeit nicht Leser unserer Zeitung waren,
erhalten das Volksblatt 25 % unter dem üblichen Bezugspreise.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Mittwoch, den 21. Februar: Meist trübes Wetter mit Niederschlägen in geringer Wärmeänderung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170220-18/fragment/page=0006
DFG